

Mazedonische Front.

Nach Trommelfeuer griff der Gegner die von Bulgaren besetzte Höhe 1248 nordwestlich von Monastir an und holte sich dabei blutige Verluste. Die Höhe blieb, ebenso wie der gleichfalls angegriffene Ruinenberg bei Grunista, fest in der Hand der Verteidiger.

Der erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

Gaesti liegt an der Eisenbahn Bukarest—Pitești reichlich 40 Kilometer über Pitești hinaus in der Richtung nach der Landeshauptstadt auf dem Ostufer des Argesul. Der Neajlova fließt 10 Kilometer westlich von Argesul in gleicher Richtung und vereinigt sich mit dem Drambovnicu zum Niaslov.

Dresden, den 4. Dezember 1916, nachm. 5 Uhr.

Großes Hauptquartier, 4. Dezember 1916
Amtlich wird gemeldet:

Westlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Herzog Albrecht v. Württemberg
Im Ypern- und Wytschate-Bogen gingen im Anschluß an Sprengungen englische Patrouillen gegen unsere Stellungen vor. Einzelnen gelang es in den vordersten Gräben zu kommen. Sie wurden im Handgemenge überwältigt oder zurückgetrieben.

Von der übrigen Armee sind besondere Ereignisse nicht zu berichten.

Ostlicher Kriegsschauplatz

Front des Generalfeldmarschalls Prinzen Leopold von Bayern:

Nördlich des Driswaty-Sees gingen nach starker Feuertorbereitung russische Kräfte gegen unsere Linie vor; sie wurden verlustreich abgewiesen. Ebenso scheiterte der Vorstoß feindlicher Streifabteilungen an der Bystrzyca Solotwinska. Eigene Unternehmungen westlich von Tarnopol und südlich von Stanislaw hatten Erfolg.

Front des Generalobersten Erzherzog Josef:

In den Waldkarpathen hat gestern die Angriffstätigkeit der Russen nachgelassen, nur zu leicht zurückgewiesenen schwächlichen Vorstößen rasten sie sich an einem Punkte noch auf. Gesteigertes Artilleriefeuer scheint das Abflauen der Anstöße zu verdeutlichen. Stärker war der russische Druck noch an der stebenbürgischen Front. Am Trotsu-L-Tale gelang es dem Feind kleine Fortschritte zu machen. Deutsche und österreichisch-ungarische Truppen entziffen ihm weiter südlich eine längst verlorene Höhenstellung wieder.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Mackensen:
Der 3. Dezember brachte in der Schlacht am Argesul die Entscheidung; sie ist gewonnen.

Die Operationen der Armee des Generals der Infanterie von Falkenhayn, Mitte November durch die siegreiche Schlacht von Targu Jiu begonnen und der auf das Nordufer der Donau gegangenen deutschen, bulgarischen und otomanischen Kräfte sind von Erfolg gekrönt gewesen. Die unter Führung des Generals der Infanterie von Koch kämpfende Donau-Armee vom Sotsoo her, die durch die westliche Balache über Craiova vordringende Armeegruppe des Generalleutnants Rnehe, die nach harten Kämpfen längs des Argesul aus dem Gebirge heraustretende Gruppe des Generalleutnants Krafft von Dellmensingen und die unter Befehl des Generalleutnants von Morgen über Campulung vordringende deutschen und österreichisch-ungarischen Truppen haben ihre Vereinigung zwischen Donau und dem Gebirge vollzogen. Der linke Flügel nahm gestern Targoviste. Die Truppen des Generalleutnants Krafft von Dellmensingen setzten von Pitești her ihren Siegeszug fort, schlugen die 1. rumänische Armee vollständig und trieben die Reste über Titu, den Sadelpunkt der Bahn von Bukarest auf Campulung und Pitești, in die Arme der bewährten 4. Infanterie-Division unter Führung des Generalleutnants Schmidt von Knobelsdorff. Auf dem linken Argesul-Ufer nordwestlich und westlich von Bukarest blieb der Kampf im erfolgreichen Fortschreiten. Südwestlich der Festung wurde der Rumäne, der nach aufgefundenem Befehl die Absicht hatte die Donau-Armee vereinzelt zu schlagen, während sein Nordflügel, die erste Armee, standhielt über den Neajlova gegen den Argesul zurückgeworfen. Südlich von Bukarest waren starke rumänisch-russische Angriffe abzuwehren, auch hier wurde dem Feind eine schwere Niederlage bereitet. Kavallerie und Flieger gelangten Bahnunterbrechungen im Rücken des rumänischen Heeres. Die Haltung unserer Truppen in den siegreichen Kämpfen war über alles Lob erhaben, ihre Marschleistungen gewaltig. Das reiche Land und die erbeuteten gefüllten Verpflegungsfahrzeuge des Gegners erleichtern die Versorgung der Truppe.

Die rumänische Armee hat die schwersten blutigsten Verluste erlitten. Zu den tausenden von Gefangenen aus den vorhergehenden Tagen kamen gestern noch 8000 Mann.

Die Beute an Feldgerät und Kriegsmaterial aller Art ist unüberschaubar. Es fielen bei der Donau-Armee 35 Geschütze, bei Titu 13 Lokomotiven mit vielen rollenden Material in unsere Hand.

Die Operationen gehen planmäßig weiter. Neue Kämpfe stehen bevor.

In der Dobrudscha keine größeren Kampfhandlungen.

Mazedonische Front:

Ohne Einfluß auf die entscheidungshenden Schlage bleibt der Verlust einer auf dem Ostufer der Cerna gelegenen Höhe die gestern von den Serben genommen wurde und die damit verbundene Verlegung eines Teiles unserer dortigen Stellung.

Der erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

Vom Balkan.

Die Beute in Rumänien.

Berlin, 4. Dezember. Das „Berl. Tagebl.“ schreibt: Das siegreiche Vordringen in Rumänien wird eindrucksvoll beleuchtet durch die Beute, die wir dort machen konnten. In der Zeit vom 29. November bis 3. Dezember sind nicht weniger als 20727 Rumänen gefangen worden. Ueber das erwähnte militärische Material liegen anschließende Ziffern noch nicht vor. Im Alt-Tale wurden starke Viehherden und umfangreiche Lager an Körnerfrüchten erbeutet. In dem umfänglichsten Gebiet sind große Vorräte an Mais und ein guter Stand des Hausviehs, Geflügel usw. vorhanden. Die eingesezte deutsche Verwaltung ist mit einem wirtschaftlichen Generalstab ausgestattet, der die Aufnahme der Vorräte und die Ausbarmachung des rumänischen Bo-

dens zu besorgen haben wird. Die Vorräte aus Rumänien werden im Zusammenwirken mit den eingesezten Kriegsländern für den Verbrauch der Mittelmächte nutzbar gemacht werden.

Die Bedeutung des Argesulüberganges.

Berlin, 4. Dezember. (Amtlich.) Der Argesul, an dem am 3./12. die Schlacht stattfand, ist ein Gebirgsstrom von wechselnder Breite. Diese beträgt von Pitești bis südwestlich Titu zwischen 200 und 300 Metern. Der Fluß hat hier eine Wassertiefe bis zu 20 Meter. An verschiedenen Stellen sind Furten vorhanden. Weiter abwärts verengt sich das Bett. Der reizende Strom wird hier überall zum Hindernis. Die vorhandenen Brücken haben eine Länge bis zu 300 Metern. Wäre es nicht gegliedert, durch stärkstes Nachdrängen den Feind am Sprengen der Brücken und planmäßigen Befehlen der am jenseitigen Ufer befindlichen ausgebauten Stellungen zu verhindern, so wäre voraussichtlich ein längerer Aufenthalt vor dem starken Abschnitt unvermeidbar gewesen.

Meutereien im rumänischen Heere.

Wien, 4. Dezember. (Privatteil.) Das 9. rumänische Kavallerieregiment hat den Gehorsam beim Abmarsch verweigert. Den zur Unterdrückung der Meuterei entsandten Soldaten bot das Regiment einen förmlichen Kampf. Schließlich wich es der Uebermacht und zerstreute sich in alle Windrichtungen. In den meisten Fällen von Meuterei werden die Soldaten von den Offizieren unterstützt, die der Ansicht sind, daß König Ferdinand und Bratianu Rumänien zu Grunde gerichtet haben.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Die italienischen Offiziersverluste.

Eugano, 5. Dezember. Laut einer Privatstatistik verloren die Italiener bis Ende November 5616 Offiziere, darunter 11 Generale und 326 Stabsoffiziere.

Krieg zur See.

Schiffszusammenstoß.

Genf, 4. Dezember. Der Lyoner „Nouvellette“ erzählt aus Cadix, daß der portugiesische Dampfer „Al Hadofogo“ unweit Gibraltar mit dem italienischen Dampfer „Amelia Campisi“ zusammenstieß. Der Italiener sank. Kapitän und 12 Mann der Besatzung ertranken. Beide Schiffe waren mit Kohlen beladen und auf der Fahrt nach Italien. Die „Amelia Campisi“ fuhr im Augenblick des Unglücks mit äußerster Geschwindigkeit, da sie von einem Unterseeboot verfolgt wurde.

Ein vollbesetzter Truppentransportdampfer versenkt.

Berlin, 2. Dezember. (W. T. B.) Eines unserer Unterseeboote hat am 27. November in der Nähe von Malta den französischen vollbesetzten Truppentransportdampfer „Ratnak“ (6819 B.-Reg.-No.), der sich auf dem Wege nach Saloniki befand, versenkt.

Die Menschenverluste unserer Feinde.

Ueber die Verluste im Weltkriege hat die in Kopenhagen gegründete Gesellschaft für Studien der sozialen Folgen des Krieges in ihrem letzten Bericht beachtenswerte Zahlen veröffentlicht, die auf sorgfältiger Bemertung sämtlicher der Öffentlichkeit zugänglichen amtlichen und nichtamtlichen Angaben beruht. Für England und Rußland war das Quellematerial so reichlich, daß die berechneten Zahlen den tatsächlichen wahrscheinlich ziemlich nahe kommen. Für die übrigen Staaten beruhen sie mehr auf Schätzungen und auf dem Vergleich verschiedener fremder Angaben. Bei den Berechnungen sind stets die Mindestschätzungen zugrunde gelegt. Die Gesamtverluste unserer Feinde bis 1. November 1916 beziffern sich danach auf 15,1 Millionen. Davon entfallen auf England 1,2, Rußland 8,5, Frankreich 3,7, Italien 0,8, Serbien 0,48, Belgien 0,22 und Rumänien 0,2. Es handelt sich hierbei um Tote, Verwundete und Vermißte.

Das Wichtigste.

Der Verband Sächsischer Industrieller und der Deutsche Industriegewerksverband nahmen in Dresden eine zustimmende Erklärung zum Hilfsdienstgesetz an.

Kaiser Karl ist zum Chef des preussischen Kaiser-Franz-Garde-Grenadier-Regiments Nr. 11 ernannt worden. Der Reichstag verlagte sich nach der Annahme des Hilfsdienstgesetzes und nach Ansprachen des Staatssekretärs Dr. Helfferich und von Gröners auf unbestimmte Zeit. Der Bundesrat beschloß die Erhöhung der Familien-Unterstützungen für Kriegsteilnehmer.

Infolge Annahme des vaterländischen Hilfsdienstgesetzes dürften, wie der Reichstagsabgeordnete Stiefmann im Verband der Sächsischen Industriellen ausführte, bei der Stilllegung ganzer Geschäftszweige zunächst die Spielwaren-, Musikinstrumenten- und keramischen Branchen in Betracht kommen.

Das Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst ist vom Reichstag mit 225 Stimmen gegen 19 Stimmen bei 8 Stimmenthaltungen endgültig in dritter Lesung angenommen worden.

Prinz Konrad Hohenzollern ist zum gemeinsamen Finanzminister von Oesterreich und Ungarn ernannt worden. In Athen wurden bei den Zusammenstoßen 100 Soldaten des Bierverbandes getötet oder verwundet; später wurde ein Waffenstillstand geschlossen.

Asquith hat dem König geraten, zum Zwecke der wirksamen Durchführung des Krieges einer Neugestaltung der Regierung zuzustimmen.

Kaiser Karl hat den Oberbefehl über die k. u. k. Truppen übernommen und mit seiner Stellvertretung Erzherzog Friedrich betraut. Von den Mittelmächten wurde eine Militärverwaltung der eroberten rumänischen Gebiete eingerichtet. In der Spitze steht General Luelf von Tschepwe-Weidenbach.

Deutsche und sächsische Nachrichten.

(Die Verjährung der Forderungen) des täglichen Lebens usw. aus dem Jahre 1912 und die noch nicht verjährten Forderungen, Verzeuforderungen usw. aus 1910 sind bis Ende 1917, also auf ein weiteres Jahr, aufgeschoben.

(In verschiedenen Zeitungen) ist eine Notiz erschienen, daß Spanferkel ohne Fleischmarken ver-

pfundet werden können. Hierzu wird uns von zuständiger Stelle mitgeteilt, daß die Schlachtung von Spanferkeln nur mit behördlicher Genehmigung zulässig ist und das Fleisch von Spanferkeln unter den Fleischmarkenzwang fällt.



Drahtberichte des Pulsniker Wochenblattes.

Die Schlacht am Argesul gewonnen!

Amtlich. Berlin, 3. Dezember. Die Schlacht am Argesul, nordwestlich von Bukarest ist von der 9. Armee gewonnen. Se. Majestät der Kaiser haben Allergnädigst aus diesem Anlaß in Preußen und Elsaß Lothringen am 4./12. 1916 Kirchengeläut angeordnet. (W. T. B.)

London. Kenter-Büro meldet: Amtlich wird bekannt gegeben, daß Asquith zum Zweck der wirksamsten Durchführung des Krieges beschlossen hat, dem König zu raten, einer Neugestaltung der Regierung zuzustimmen.

Die Festungswerke vor Bukarest.

Wien, 5. Dezember. Die „Wiener Allgemeine Zeitung“ erzählt aus Budapest über die Festungswerke vor Bukarest folgendes: Ein 22 km langer Festungsgürtel umgibt die Hauptstadt des Landes, der durch 18 Forts und 18 Zwischenforts verstärkt wird. Interessant ist der Umstand, daß die vier stärksten Forts ihre Front nach Nordosten haben, die ohne Zweifel für einen etwaigen Angriff Rußlands gegen Rumänien erbaut wurden: denn man rechnet eben nur mit einem Angriff Rußlands.

Die Schwierigkeiten an der italienisch-schweizerischen Grenze.

Eugano, 5. Dezember. Der italienisch-schweizerische Grenzverkehr ist andauernd derart gesperrt, daß nicht nur Brief- und Zeitungspost, sondern auch kein Reisender herübergelassen wird. Die Maßregel wird hier stark kontrolliert.

Die Opfer des Eisenbahnunglücks von Budapest.

Budapest, 5. Dezember. Wie amtlich festgestellt wurde, wurden bei der Eisenbahnkatastrophe 65 Personen getötet und 150 verwundet. Außer einigen Frauen und Kindern waren die meisten Getöteten auf Urleub befindliche Soldaten.



Der deutsche Kriegs-Tagesbericht

von heute besagt:

Dresden, den 5. Dezember. 1916. 3/3 Uhr nachm.

Großes Hauptquartier, 5. Dezember 1916

Amtlich wird gemeldet:

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls Kronprinz Rupprecht von Bayern:

Im Frühmorgen stießen nach starker Wirkung englische Abteilungen östlich der Straße A-Warlencourt vor; sie wurden durch Feuer abgewiesen.

Bei nachmittags sich bespernder Sicht wurde der Gefechtskampf an der gesamten Somme-Front stärker und blieb auch während der Nacht lebhafter als in der letzten Zeit.

Ostlicher Kriegsschauplatz

Front des Generalfeldmarschalls Prinzen Leopold von Bayern:

Südlich der Bahn Tarnopol-Krasne stießen bei Au-gustowka vergeblich russische Abteilungen gegen eine ihnen längst entziffene Grabenstellung vor.

Front des Generalobersten Erzherzog Josef:

Während erneut Angriffe der Russen am Carpul, nordöstlich von Dorna Watra, im Putna-, Trotsu- und U-Tale ohne jeden Erfolg blieben, haben deutsch-österreichisch-ungarische Truppen in den Vortagen verlorene, für uns wichtige Höhenstellungen im Sturm zurückgenommen. Aus diesen, zum Teil sehr erbitterten Kämpfen blieben am Werb-Debrj (südlich des Tataren-Baß) über 100 Mann und drei Maschinengewehre, am Mt. Nemita (nördlich des Djoc-Tales) 350 Mann und 6 Maschinengewehre in unserer Hand.

Heeresgruppe des Generalfeldm. v. Mackensen:

In der Verfolgung, den Widerstand feindlicher Nachhutens brechend, hat die 9. Armee die Bahn Bukarest-Targoviste-Bietostia ostwärts überschritten.

Die Donau-Armee folgte, nach ihrem am unteren Argesul gegenstarkzahlmäßige Ueberlegenheit der erfochtenen Siegen an den insbesondere die 217. Infanterie-Division rühmlichen Anteil hatte, dem weichen Feind. Der Ostflügel wies in der Donau-Niederung russisch-rumänische Angriffe blutig ab.

Die gestern gemeldete Gefangenenzahl vom 3./12. erhöht sich auf 12500.

Bei der 9. Armee sind noch 2000 Mann, bei der Donau-Armee noch 2500 Mann, letztere 22 Infanterie- und 6 Artillerie-Regimenten angehörend, hinzugekommen.

In der Dobrudscha keine größeren Kampfhandlungen.

Mazedonische Front:

Ostlich der Cerna haben sich neue Gefechte entwickelt. Serbische Vorstöße bei Bahova-Monte, an der Moglencan-Front sind gescheitert.

Der erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.



Vertikale und sächsische Nachrichten.

Pulsnitz. (Zur Vermeidung von Nachteilen) machen wir darauf aufmerksam, daß diese Woche die Frist zur Einreichung der Deklaration abläuft

(Strafbare Überschreitung der Höchstpreise.) Die Landes-Preisprüfungsstelle für das Königreich Sachsen schreibt: Es soll in letzter Zeit mehrfach vorgekommen sein, daß Käufer sich erboten haben, für Waren, für die ein Höchstpreis besteht, z. B. für Hasen, einen darüber hinausgehenden Preis zu zahlen. Das Höchstpreisgesetz bedroht aber nun nicht nur denjenigen, der die festgesetzten Höchstpreise überschreitet, sondern auch denjenigen, der zum Abschluß eines Vertrages auffordert, durch den die Höchstpreise überschritten werden, oder der sich hierzu erbotet, mit Gefängnis bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mk. Das Sächsische Kriegs- und Wehrwesenamt, die Polizeibehörden und die Preisprüfungsstellen werden diejenigen, die gegen die gesetzlichen Bestimmungen verstoßen, unnachlässig zur Anzeige bringen.

— **M. J.** (Butterflatsch ohne Ende!) Die unbegründeten Gerüchte über das Verderben von Butter wollen nicht verkümmern. Jetzt wird sogar erzählt, man lasse in den Molkereien erhebliche Buttermengen absichtlich schlecht werden, um sie anstelle von Schmieröl zu verwenden. Selbstverständlich ist auch dieses Gerücht ins Reich der Fabel zu verweisen und ihm gegenüber nachdrücklich festzustellen, daß in Deutschland weder Butter noch Margarine zu Schmierzwecken verwandt wird. Das unablässige Bestreben aller beteiligten Stellen geht vielmehr dahin, jede auch nur geringste Menge an Butter oder sonstigen Speisefetten, die sich erlangen läßt, der Allgemeinheit zum Genuß zuzuführen, um dadurch die herrschende Fettknappheit möglichst zu lindern.

— (Zur Gestaltung der Getreidepreise!) Der Reichskanzler (Kriegsernährungsamt) hat ausschließlich die Reichs-Getreidegesellschaft m. b. H. in Berlin ermächtigt, bei ihren Einkäufen den gesetzlichen Höchstpreis für Getreide, der zur Zeit 28 Mk. für den

Doppelzentner beträgt, zu überschreiten. Die Gesellschaft darf demgemäß einschließlich der Druschprämie derzeit bis zu 34 Mk. für den Doppelzentner zahlen. Nach bestimmter Anweisung darf sie aber diesen Preis nur solange anlegen, bis sie das erste Drittel der durch sie aufzukaufenden Gesamtmenge erworben hat. Für das zweite Drittel muß der Preis auf 32 Mk., für das letzte Drittel auf 30 Mk. herabgesetzt werden. Zu diesen Preisen dürfen die Getreidebesitzer ihre gesamten geernteten Mengen an die Beauftragten der Reichs-Getreidegesellschaft gegen Bezugsscheine verkaufen, also sowohl die ablieferungspflichtigen 6/10, wie die ablieferungsfreien 4/10 und auch die darüber hinaus freigelassenen kleinsten Mengen bis zu 10 Doppelzentnern. Diejenigen Produzenten, welche die Ablieferungspflichtigen 6/10 ihrer Ernte nicht freiwillig an die Reichs-Getreidegesellschaft zu den genannten höheren Preisen oder an die Kommunalverbände zum gesetzlichen Höchstpreis abliefern, haben zu gewärtigen, daß ihnen die Getreidehöchstpreise zum gesetzlichen Höchstpreis erteignet wird, der zur Zeit 28 Mk. beträgt und möglicherweise demnächst eine weitere Herabsetzung erfährt. Die Reichs-Getreidegesellschaft wird in aller nächster Zeit das erste Drittel der Gesamtmenge erworben haben. Der Einkaufspreis wird in den ersten Tagen des Dezember dieses Jahres von 34 Mk. auf 32 Mk. für den Doppelzentner gesenkt werden. Unverzügliches Angebot an die Beauftragten der R. G. G. ist notwendig, wenn der erhöhte Preis noch zur Zahlung kommen soll. Die Hoffnung auf eine nachträgliche Preiserhöhung ist völlig unberechtigt. Im Gegenteil wird hiermit nachdrücklich erklärt, daß eine Erhöhung der Getreideeinkaufspreise unbedingt ausgeschlossen ist, daß vielmehr nach den erteilten Anweisungen die vorgezeichnete Preisherabsetzung rücksichtslos durchgeführt werden müssen.

— (Erhöhung der Familienunterstützung.) Der Bundesrat hat am 2. Dezember die Mindestsätze der Unterstützung von Familien in den Dienst eingetretener Mannschaften für die Monate November 1916 bis einschließlich April 1917 auf monatlich 20 Mark für Ehefrauen (bisher 15 Mark) auf monatlich 10 Mark für die sonstigen Berechtigten

(bisher 7,50 Mark) erhöht. Für die Monate November und Dezember 1916 werden die bisherigen Sätze der übersteigenden Beträge von zweimal 5 gleich 10 Mark bzw. zweimal 2,50 gleich 5 Mark in einer Summe zusammen mit der zweiten Halbmonatsrate im Dezember 1916 ausgezahlt. Des Weiteren wird durch die Verordnung bestimmt, daß mit Wirkung vom 1. Dezember 1916 Familien aus dem Heeresdienst entlassener Mannschaften, soweit sie eine Kriegsfamilienunterstützung beziehen, noch eine Halbmonatsrate nach dem Tage der Entlassung als außerordentliche Unterstützung erhalten.

— (Bekanntmachung.) In Nr. 281 der Sächsischen Staatszeitung veröffentlicht die stellvert. Generalkommandos des XII. und XIX. Armeekorps eine Bekanntmachung über Bestandsaufnahme und Beschlagnahme der Gesamtvorräte von Kalas und Schokolade aus dem Heeresverwalteramt. Wir machen auf diese Bekanntmachung aufmerksam und legen dieselbe in unserer Geschäftsstelle, sowie in den Kanzleien der Behörden eingesehen werden.

Friedersdorf, 4. Dezember. (Für tapferes Verhalten vor dem Feinde) wurde dem Landwehrmann Erwin Kaiser hirsfeldt, Landwehr Infanterieregiment Nr. 101 das Eisene Kreuz II. Klasse verliehen.

Großröhrsdorf. (Beförderung.) Wie wir hören, ist Herr Gendarmereiwachmeister Jocher zum Gendarmereioberwachmeister befördert worden, und wird am 16. Dezember als Bezirksführer von hier nach Weiskirchen versetzt werden.

Schedewitz bei Zwidau. (Mästerei.) Der Erzgebirgische Steinsohlenhauverein hat im Interesse seiner Arbeiterschaft eine Mästerei mit 260 Schweinen errichtet.

Annaberg. (Der Könia) hat dem Besitzer und Verleger des „Annaberger Wochenblattes“, Tages- und Amtsblatt, Felix Thalwitz, den Titel Kammerat verliehen.

Konsum-Verein für Pulsnitz und Umgegend e. G. m. b. H.

Neue Lebensmittelkarten

gelangen gegen Rückgabe der bisherigen Lebensmittel-Karten bis Sonntag, den 10. Dez. zur Ausgabe. Die Karten sind in den Verkaufsstellen zu entnehmen, wo die Mitglieder die Waren abholen wollen. Vom 11. Dezember ab wird auf die alte Karte nichts mehr abgegeben. Der Vorstand.

Wichtig für unsere Feldgrauen und für deren Verwandte und Freunde zu Hause

Sehr schnell und mit täglich nur einstündiger Arbeitszeit lernt man ohne Lehrer nur durch Selbstunterricht mit Dr. Rosenthals weltberühmt gewordenem Meisterschaftssystem und der Gratisbeilage Separatausgabe des Meisterschaftssystems der Gedächtniskunst eine fremde Sprache, wie Französisch, Russisch, Polnisch, Englisch, Italienisch, Spanisch, Portugiesisch, Schwedisch, Böhmisches, Dänisch, Holländisch, Ungarisch, Lateinisch, Griechisch. Probelektion für eine Sprache wird gegen Einsendung von 1.- M. geliefert. Prospekte und Anerkennungen gratis. Wer durch Selbstunterricht eine fremde Sprache wirklich sprechen, lesen und schreiben lernen will, bediene sich nur des Dr. Rosenthalschen Meisterschaftssystems. Wir liefern auch eine große vollständige Uebersichtskarte der europäischen Kriegsschauplätze für 1 M 50 Pf. und Spezialkarten des deutsch-österreichisch-russisch-serbischen Kriegsschauplazes und des deutsch-französischen Kriegsschauplazes für je 1 Mark.

Rosenthalsche Verlagsbuchhandlung in Leipzig 13.

Brief-Umschläge in allen Preislagen fertigen **E. L. Försters Erben.**

Rheumatismus- Einreibung - Pulver - Tabletten **Röhrig's Mittel gegen Bettnässen** Löwenapotheke Pulsnitz.

Zöpfe

aus ausgefärbtem, desinfiziertem Naturhaar (ga antiert ungefärbt), ohne Konkurrenz an Haltbarkeit der Farbe, à Stück von 4 M bis 50 M, sowie Export-Haarzöpfe schon von 1.50 M an hält große Auswahl Richard Geißler, Damen- und Herren-Frisier-Salons, Kamenz, Markt 43/44.

Gebr. eiserner Ofen

mit Pfanne zu kaufen ges. Off. u. M. 5 a. d. Geschäftsst. d. Bl.

Offene Stellen.

Pferdeknecht

für Landwirtschaft zu Neujahr gesucht.

Wo? sagt die Geschäftsst. d. Bl.

Ein ordentlicher Dienstknecht

im Alter von 15-17 Jahren zu Neujahr gesucht. Zu erf. in der Geschäftsst. d. Bl.

Einige kräftige Arbeitsfrauen

für sofort sucht **Alwin Schutz.**

Geschirrführer

militärfrei, zuverlässig, bei gutem Lohn sofort gesucht. **Ehrhard Schneider, Spediteur, Großröhrsdorf i. Sa.**

Mundharmonikas, Ziehharmonikas, prima Ware, große Auswahl (Schulen dazu gratis) empfiehlt **Eduard Haufe.**


Der Raucher
erfrischt seine Zunge am besten durch WYBERT-Tabletten; sie schmecken vorzüglich und schützen zugleich vor Erkältung und deren Folgen.
699 In allen Apotheken und Drogerien Mk. 1.—

WYBERT TABLETTE

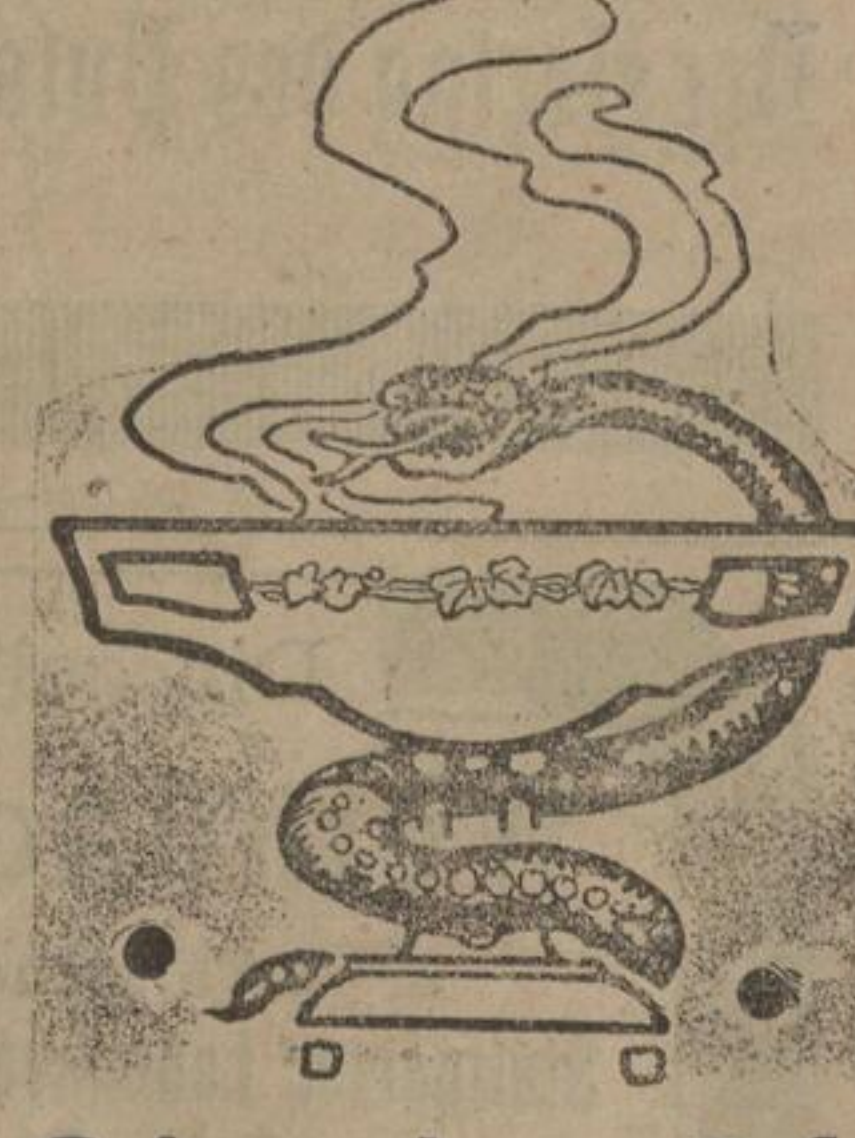
Bettnässen.
Befreiung gar. sofort. Alter und Geschlecht angeben. Auskunft umsonst und diskret. **Sanitas, Fürth i. B. G. Flößaustraße 28.**

Zu verkaufen.
Ruh, hochtragend, zu verkaufen **Obersteina Nr. 104.**

Ziege zu verkaufen **Friedersdorf Nr. 8.**

Verloren
Schwarzes Handtäschchen mit Inhalt Sonntag abend a. d. Wege zum Bahnhof verl. Geg. Bel. abzug. Polizeiwache.

Zu vermieten.
Droherstraße 231 C ist per 1. April 1917 das **Parterre** zu vermieten. **Baumeister Fischer.**



Schund ist Gift!
Schundliteratur ist daher giftig und schädlich, wenn sie auch sonst mit schwülstigen Titeln und bunten Bildern aufgelockert erscheint. — Wollen Sie aber guten, sprachlich und inhaltlich schönen Lesestoff im Hause haben, so lesen Sie unsere vorzüglichen „Buch-Romane“, die von wirklich hervorragenden Autoren verfaßt sind. Jede Woche erscheint ein Heft für 10 Pfennig. Zu jedem Romane eine feine goldgeprägte Einbanddecke kostenlos. — Probehefte durch die Austräger oder von unserer Geschäftsstelle



Eduard Haufe's große Spielwaren-Ausstellung !!

Zum bevorsteh. Weihnachtsfeste empfiehlt sein großes Lager in **einfachen bis zu feinsten Spielwaren**

Kaufmannsladen 1.20 bis 20 M, Kaufmanns-
utensilien, Puppenstuben 1.20 bis 20 M, einz.
Möbel, Küchen, dazu passende Herde u. Geräte
Pferdeställe, einzelne Pferdchen und
Wagen.

Festungen von 1.20 bis 15 M, Schützengräben,
Drahtverhaue, Unterstände, Kanonen in allen Grö-
ßen, von der einfachsten bis zur besten Ware.
Alle Sorten Soldaten von 10 Pf. bis 15 M der
Carton. Für kleinere Knaben unzerbrechliche

Holzsoldaten, Maschinengewehre, Eisenbahnen
mit Uhrwerk und Schienen von 1 bis 30 M
einzelne Schienen, und Wagen, Tunnel, Bahn-
höfe, Signale, Drehscheiben, Weichen, Bogen-
lampen usw.

Kinematographen und Laterna Magikas von 4 bis 25 M.
Dazu passende **Bilder, Films.**

Militärausrüstungen für Kinder.
Helme, Säbel, Flinten, Trompeten, Trommeln, Tournister, Seitengewehre,
Patronentaschen, Lätze für jede Truppe.

Schaukelpferde von 3 75 bis 32 M, **Frachtpferde** mit Geschirr.

Echte Waltershausner Kugelgelenk-Puppen

das Allerfeinste, was es gibt, mit Augenwimpern, Schelmaugen und Mamastimme, in vielen Größen.

Charakter-Puppen, Qualität Ia. — **Celleloid-Charakter-Puppen**, von 10 Pfg. bis 14 M, dazu passende Kleider usw. **Puppen-
köpfe** von 15 Pfg bis 8 M. **Puppen-Arme, Hüte, Schuhe, Strümpfe, Puppen-Perrücken** in allen Größen.

Echte Haar-Perrücken.

Baukasten in allen Größen.
Echte Anker-Steinbaukasten, sowie
Ersatzkasten.
Cubus-Spiele. Mosai'-Spiele.

Puppenwagen,
Fahrstühle mit und ohne Gummiräder,
Klappstühle, Betten, usw. Steifs Tiere mit Zwecken
im Ohr als Bären, Hunde, Ziegen, auch d. bil. Qual.

Schlitten
in zehn verschiedenen Ausführungen.
Rodelschlitten
in acht verschiedenen Sorten und Größen.

Eduard Haufe, Pulsnitz, Neumarkt.

Die Auszahlung der vollge- klebten Rabatt-Sparbücher

erfolgt nach vorheriger Abstempelung derselben bei den Herren
Fedor Hahn und Hermann Führlich
vom 11. bis 20. Dezember
auf hiesiger Sparkasse von vormittag 8 bis mittag 1 Uhr. Nach-
mittag ist die Sparkasse geschlossen.
Rabatt-Spar-Berein Pulsnitz, e. V.
Der Vorstand



Bekanntmachung.

Wir machen wiederholt darauf aufmerk-
sam, daß für Inserate, die nach 10 Uhr vor-
mittag aufgegeben werden, eine Garantie für
Erscheinen an demselben Tage von der Ge-
schäftsstelle nicht übernommen wird.

Der Verlag des Pulsnitzer Wochenblattes.



Die zeitgemässe
Weihnachtsgabe
ist ein Versicherungsschein der
**Stuttgarter Lebensversicherungsbank a. G.
(alte Stuttgarter)**
Versicherungsbestand Ende 1915 1 Milliarde 164 Millionen M
Bankvermögen 474
Kriegsversicherung von Landsturmpflichtigen usw.
gegen mässige Extra-Prämie.
Auskünfte erteilt Rich. Schneider, Kaufm., Bischofsw. Str. 212 D II.

Miet-Verträge — halten auf Lager —
E. L. Försters Erben.

Passende Geschenke

für den Weihnachtstisch
in Glas-, Porzellan- und
Steingut-Waren.

Postkarten- und Poesie-
Albums,
Briefkassetten, Schiefertafeln,
Schiefertäfelchen,
Bilderbücher.

Allerhand Spiel - Waren.

Enorme Auswahl in
**Weihnachts-u. Neujahrs-
Karten**

finden Sie bei
Antonie Dieke.



Rheuma, Gicht, Glieder- reissen, Ischias, Nervenschmerzen.

Aus Dankbarkeit teile ich gern
kostenlos mit, wie ich von mei-
nem langjährigen, schweren Lei-
den in kurzer Zeit durch ein
einfaches Mittel dauernd ge-
heilt wurde.
Emil Schildbach, Mehlis N 25.

Vom Guten das Beste

ist die 5

D. R. P.- Jauchen-Pumpe

mit nachstellbarem
Fetting, kein Einrosten
oder Einfrieren mehr, Ventil
sofort herausnehmbar.

Stündliche Leistung bis 30 000 Ltr.
S hon tausende im Gebrauch.
Verlangen Sie kostenlos Angebote
nur durch

Max Knauth,
Bischofswerda i. Sa.,
Landw. Maschinenhalle.

Telephon 168. Am Mühlteich 4.

Warzenmittel äußerlich
u. innerlich.
Löwenapotheke Pulsnitz.

Hierzu eine Beilage.

Für die uns am Tage unseres

silbernen Ehejubiläums

zuteil gewordenen Aufmerksamkeiten sagen wir hierdurch
unseren

herzlichsten Dank.

Pulsnitz. Arthur Röschke und Frau.



Obstbäume!

Apfel, Birnen, Pflaumen, Kirschen u. Walnüsse in hoch- u.
halbh. Zwergobst, senk- und wagerechte Schnurbäume, Spalier-
und U-Formen, Schattenmorellen, Pfirsiche, hochst. Stachel-
und Johannisbeeren und Sträucher, Rhabarber, größter rot-
stieliger Himbeeren, Quitten, Mispeln, Haselnüsse usw. em-
pfehlen in besten Sorten und wüchsiger Ware

Gomlitzer Beerenkulturen — Grafs Baumschulen, Lausa.



Hermann Sperling

Weinhandlung
Pulsnitz

Fernsprecher Nr. 206.

Empfehle mein großes Lager aller Sorten
Weiß- und Rotweine

in allen Preislagen.
Desgl. **Portwein, Madeira, Malaga-
Sherry, Wermutwein.**

Deutsche Schaumweine.
Cognac in verschiedenen Sorten, **Rum,**
Arac, verschied. **Liköre, Magenbittern**
usw.

Alles in ganzen und halben Flaschen
Die kleinen Flaschen eignen sich sehr gut zu
Feldsendungen.

**Kissinger, Brambacher und Briesnitzer Mineral-
wasser.**



Pulsnitzer Wochenblatt

Dienstag, 5. Dezember 1916.

Beilage zu Nr. 146.

68. Jahrgang.

Deutscher Reichstag.

Schluß des Donnerstag-Sitzungs-Berichts.

Abg. Fegter (Fortfchr. Vp.): In der Landwirtschaft hat sich die Frauarbeit außerordentlich behauptet. Wir müssen den Landfrauen und den Landarbeiterinnen in ihrer Tätigkeit höchstes Lob aussprechen. (Beifall.)

Abg. Wurm (Soz. Arb.-Gem.) verlangt die Aufnahme einer Bestimmung in das Gesetz, die den Abschluß von Tarifverträgen mit den Arbeiterorganisationen vorschreibt.

Abg. Kunert (Soz. Arb.-Gem.) wendet sich gegen lohnbrüdernde Tendenzen bei der Frauarbeit.

Abg. Bauer (Soz.) hält dem Abg. Wurm vor, daß man immer Entschuldigungen einbringe, wenn man seine Forderungen nicht im Gesetz durchsetzen kann. Das Gesetz sichert die Arbeiter vor Entrechtung und Lohnrückerei.

Abg. Henke (Soz.-Arb.-Gem.) Dieses Vertrauen haben wir nicht.

Abg. Gothein (Fortfchr. Vp.): Die von der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft beantragten Bestimmungen würden sich in der Landwirtschaft gar nicht durchführen lassen.

Abg. Landsberg (Soz.): Der Abg. Henke nennt uns Gegner des Koalitionsrechts, weil wir für einen Antrag sind, der von allen Gewerkschaftsführern einmütig gebilligt worden ist. Solche Liebenswürdigkeiten fördern unsere Gemütsruhe nicht. (Heiterkeit.)

Die weitere Debatte geht um einen Antrag Albrecht (Soz.) auf Einfügung des folgenden § 13a in das Gesetz: „Den im vaterländischen Hilfsdienst beschäftigten Personen darf die Ausübung des Vereins- und Versammlungsrechts zur Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen nicht beschränkt werden.“

Staatssekretär Dr. Helfferich äußert Bedenken gegen den Antrag.

Abg. Becker-Arnberg (Ztr.): Wenn das Gesetz marschieren soll, müssen die Arbeiterführer auch die Staatsarbeiter verjammeln und zu ihnen reden dürfen.

Staatssekretär Dr. Helfferich: Durch dieses Gesetz soll in keiner Weise der bestehende Zustand zu Ungunsten der Arbeiter geändert werden. Wird aber der Antrag angenommen, so könnte die bisherige Haltung der Eisenbahnminister gegen die Zugehörigkeit der Eisenbahnangehörigen zu Streikorganisationen über den Haufen geworfen werden.

General Gröner: Selbstverständlich müssen die Arbeiterführer in der Lage sein, im Sinne dieses Gesetzes auf die Arbeiter Einfluß auszuüben. Das ist ihre vaterländische Pflicht.

Abg. Becker-Arnberg (Ztr.): Das habe ich nicht hören wollen. Was will die Regierung tun, damit Angriffe auf das Koalitionsrecht unmöglich werden? Noch immer werden Arbeiter gemäßregelt, weil sie irgend einer Organisation angehören. Möge uns General Gröner zusagen, daß er mit diesen Herren Streitern reden will.

Staatssekretär Dr. Helfferich: Nach der jetzigen Praxis ist doch jeder Verdacht, daß die Regierung an der Zugehörigkeit von Arbeitern zu einer Gewerkschaft Anstoß nehmen könnte, unbegründet. Die Arbeiterführer können uns wirklich vertrauen.

Abg. Dr. Müller-Meinigen (Fortfchr. Vp.): Dieses Vertrauen haben die Gewerkschaften nicht. Persönlich verdient General Gröner volles Vertrauen. Aber auf zwei noch so lieben Augen darf kein Gesetz ruhen. (Heiterkeit.)

Abg. Dr. David (Soz.): Erklärungen vom Regierungsamt werden bald vergessen. Die Sicherungen gehören in das Gesetz selbst hinein.

Staatssekretär Dr. Helfferich: Es darf keine Bestimmung in das Gesetz hinein, die den Eisenbahnverwaltungen ihre bisherige Eisenbahnpolitik unmöglich machen würde.

Abg. Dr. Müller-Meinigen (Fortfchr. Vp.): Mit dem Streikrecht der Eisenbahner hat die ganze Sache nichts zu tun. (Zustimmung links.)

Abg. Dr. Stresemann (nl.): Keine Gewerkschaft will jetzt im Kriege einen Eisenbahnstreik, und nur während des Krieges gilt ja das Gesetz.

Abg. Dr. Spahn (Ztr.): Wenn der Antrag nur eine selbstverständliche Forderung enthält, braucht er doch wirklich nicht in das Gesetz aufgenommen zu werden. (Aha-Näse links.)

Abg. Haase (Soz. Arb.-Gem.): Der Antrag verschlechtert den bestehenden Zustand, deshalb lehnen wir ihn ab. (Lachen.)

Abg. Dr. Neumann-Spöer (Fortfchr. Vp.): Wir warten noch immer auf eine unzwiesdeutige Erklärung des Generals Gröner.

Abg. Graf Westarp: Der Antrag ist selbstverständlich und damit überflüssig.

Staatssekretär Dr. Helfferich: Es soll in der bisherigen Praxis keine Änderung eintreten, und die Regierung schätzt und wünscht nach wie vor die Mitarbeit der Arbeiterorganisationen. An die Möglichkeit eines Eisenbahnstreiks glauben auch wir nicht. Aber der Eisenbahnminister kann nicht darauf verzichten, die Mitgliedschaft zu Organisationen zu verbieten, die an dem Streikrecht festhalten.

Abg. Graf Westarp (konj.): Statt zu sagen, daß das bestehende Vereins- und Versammlungsrecht beachtet werden soll, soll man lieber sagen: „Falsche Handhabung des Gesetzes ist verboten.“ (Große Heiterkeit.)

Ein Vertagungsantrag Haase (Soz. Arb.-Gem.) wird, trotzdem die Sitzung bereits fast 11 Stunden dauert, gegen die Sozialdemokraten, Polen und Estländer abgelehnt.

§ 15 (Anstaltspflicht der Betriebe gegenüber dem Kriegsamt) wird angenommen. — Bei § 16 (Strafbestimmungen) tritt Abg. Sachse (Soz.) für den Schutz des Koalitionsrechtes der Reklamierten ein.

§ 16 wird angenommen. — § 17 regelt die Mitwirkung des Reichstags durch einen 15gliedrigen Ausschuß, dessen Zustimmung zu allgemeinen Verordnungen nötig ist, mit dem das Kriegsamt zusammenzuarbeiten hat und der auch in den Kriegstagspausen zusammenzutreten kann.

Abg. Ebert (Soz.) hebt die Bedeutung dieser Bestimmungen hervor.

Abg. Graf Westarp (konj.) lehnt die Bestimmung als beschlagnahmewidrig ab. (Ausschluß der Reichstagsmitglieder ab.)

Staatssekretär Dr. Helfferich tut das gleiche.

Abg. Dittmann (Soz. Arb.-Gem.): Das sind ja 17 Reklamierten für die Heranziehung des Reichstagsausschusses zur Unterstützung.

Abg. Schiffer (nl.) bedauert die ablehnende Haltung des Staatssekretärs.

§ 17 wird angenommen. Das Gesetz tritt spätestens einen Monat nach Friedensschluß außer Kraft. — Kurz vor 12 Uhr nachts ist die zweite Lesung beendet. Gegen den Vorschlag des Präsidenten, morgen die dritte Lesung vorzunehmen, erhebt Abg. Ledebour (Soz. Arb.-Gem.) in Anbetracht der Wichtigkeit des Gesetzes Widerspruch, da die vorgeschriebene zweitägige Frist nicht eingehalten sei. Der Widerspruch wird von mehr als 15 Abgeordneten, also ausreichend unterstützt.

Nächste Sitzung Freitag, 2 Uhr: Anfragen, Kriegssteuergesetz, Anträge.

Schluß 12 Uhr nachts.

Deutscher Reichstag.

78. Sitzung. Freitag, den 1. Dezember.

Am Bundesratsstich: Dr. Helfferich, Dr. Zimmermann.

Präsident Dr. Kaempff eröffnet die Sitzung um 2 1/2 Uhr.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst

Kleine Anfragen:

1. Der Abgg. Carstens, Dr. Blund betr. Schaffung einer Zentralkasse für Handel und Industrie. Direktor Müller: Das Reichsamt des Innern hat bereits eine ähnliche Organisation, ihr Ausbau ist Gegenstand sorgfältigster Erwägung.

2. Des Abg. Ulrich betr. Beschlagnahme der Ziegen, Schaf- und Kalbfelle und die hierdurch der Porteseuille-Industrie drohenden Gefahren. Direktor Müller: Die Notwendigkeit der Sicherstellung des Bedarfs des Heeres steht in erster Linie, wir werden aber der Industrie entgegenkommen.

3. Des Abg. Wasseremann (natl.) betr. die Ausweisung des deutschen Gesandten aus Athen. Staatssekretär Dr. Zimmermann: Es ist richtig, die Gesandten des Vierbundes wurden vom französischen Admiral Jounet zur Abreise gezwungen, aber

daß dem Eingreifen der griechischen Regierung konnten sie an Bord eines griechischen Schiffes nach Kanacla gehen. Wir haben feierlich bei den Neutralen gegen diese Gewalttat Verwahrung eingelegt. Griechenland hat sich bereits entschuldigt, aber wir wissen ja, wie dieses alte Kulturvolk mit Füßen getreten wird. Als Staatssekretär bitte ich, mir mit Vertrauen entgegenzukommen. (Beifall.) Ich werde auch allen hier gegebenen Anregungen, soweit es in meiner Macht liegt, gern entgegenkommen. (Beifall.)

4. Der Abgg. Dr. Mazinger, Frhr. v. Kerckerind betr. Bestimmungen der deutschen Landwirtschaft auf Kalifalze. Unterstaatssekretär Dr. Richter: Die Verhältnisse werden möglichst verbessert werden.

5. Des Abg. Wasseremann (natl.) betr. die Erteilung des dänischen Staatsbürgerrechts an Staatenlose. Direktor Dr. Krieger: Das neue dänische Gesetz ist von großer Bedeutung für die Staatenlosen. Wir behalten die Sache in wohlwollender Weise im Auge.

6. Des Abg. Dr. Cohn-Nordhausen (Soz. Arb.-Gem.) betr. die militärische Schughaft des Schriftstellers Dr. Franz Mehring. Direktor Dr. Lewaldt: Für den Reichsanwalt besteht keine Veranlassung, in das militärische Verfahren einzugreifen. (Zurufe: Unerbittl.)

7. Des Abg. Simon, betr. die Einziehung kranker Männer zum Militärdienst und späteren Abweisung ihrer Verjüngungsgebühren. — Da diese Anfrage wegen der Unruhe auf der äußersten Linken nicht verlesen werden kann, ruft der Präsident die Abgg. Stadthagen und Kunert zur Ordnung.

General v. Langermann: Personen, die trotz körperlicher Leiden zum Militärdienst einberufen sind, haben einen Anspruch auf Rente, wenn ihr Leiden sich verschlimmert.

8. Der Abgg. Buet, Taubadel, betr. die mangelhafte Versorgung mit Kohlen und den Mangel an Eisenbahnwagen. Direktor Müller: Der Kohlenmangel besteht, ist dem Herrn Reichsanwalt bekannt, aber er beruht auf

Transport-Schwierigkeiten,

die wir zu beheben bemüht sind. Es folgt der zweite Punkt der Tagesordnung: Gemeinsamer Antrag aller Parteien auf

Ergänzung des Kriegssteuergesetzes,

durch welche verhindert werden soll, daß Kriegsgewinne, um sie der Besteuerung zu entziehen, in Lebensversicherungen und Leibrenten angelegt werden. Sie sollen ebenfalls versteuert werden, wenn das Kapital über 3000 M, die Prämie 1000 M und mehr beträgt.

Abg. Zehner (Ztr.) begründet kurz das Gesetz, daß hierauf

in erster, zweiter und dritter Lesung angenommen wird.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

• Nächste Sitzung: Sonnabend, vormittags 9 Uhr: Dritte Lesung des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst. •

Schluß nach 3 Uhr.

Deutscher Reichstag.

79. Sitzung. Sonnabend, 2. Dezember.

Am Bundesratsstich: Dr. Helfferich, General Gröner.

Präsident Dr. Kaempff eröffnet die Sitzung um 9 1/2 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht die

dritte Lesung des Gesetzes über den vaterländischen

Hilfsdienst.

Abg. Legien (Soz.): Deutschland steht einer Uebermacht von Feinden gegenüber, es scheint, wenn wir niedergeworfen werden sollten, daß im Osten die Weichsel, im Westen der Rhein die Grenzen werden sollen. Deutschland soll nicht wie früher ein Menschen exportierendes Land, sondern ein Waren exportierendes Land werden. Die Arbeiter würden unter einem verlorenen Kriege am meisten leiden, deshalb muß unjer

Widerstand mit Opfermut aufrechterhalten

werden. Wir wollen unsere Brüder an der Front nicht dem Hagel der feindlichen Geschosse aussetzen. Deshalb müssen wir für Munition und Proviant sorgen. Unsere Gegner werden sehen, daß noch ungehobene Kräfte im deutschen Volke schlummern. Unser Widerstand muß sich auf Organisationen aufbauen, deshalb muß den Gewerkschaften ihre volle Bewegungsfreiheit auch unter diesem Gesetz erhalten bleiben. Das Kriegsamt wird hoffentlich Verständnis für Arbeiterfragen haben, wir wünschen nicht, daß der Geist des Staatssekretärs des Innern in dem Gesetz zur Geltung kommt. (Hört! hört!)

Abg. Dr. Spahn (Ztr.) macht darauf aufmerksam, daß die meisten Anträge nur redaktioneller Natur seien.

Abg. Ledebour (Soz. Arb.-Gem.) beantragt, daß die Gesamtabstimmung über das Gesetz namentlich sein soll. Der Präsident stellt die Unterstufungsfrage, es erheben sich aber nicht genügend Abgeordnete.

Abg. Giesberts (Ztr.):

Die deutschen Arbeiter sind mit dem deutschen Volke

einig,

daß wir unseren entschiedenen Widerstand in diesem Kriege fortsetzen müssen. Wir wollen uns alle auf den Boden dieses Gesetzes stellen, nachdem es die nötigen Garantien für eine gerechte Anwendung erhalten hat.

Staatssekretär Dr. Helfferich: Ich danke den Herren Korredaktoren für ihre weite patriotische Auffassung des Gesetzes, auf die freudige bereitwillige Mitarbeit der deutschen Arbeiterschaft legt die Regierung den allergrößten Wert. Es ist mir sehr schmerzhaft, daß Herr Legien in mir eine Art bösen Geistes zu sehen scheint, ich glaube, ich habe durch meine Mitarbeit an diesem Gesetz wohl eine bessere Jenjur verdient. Wenn ich hier und da genötigt war, abzurufen und zu warnen, habe ich stets

die Gesamtinteressen wahrgenommen.

Der Hauptzweck des Gesetzes ist die Ergänzung von Kriegsmaterial, aber ich hoffe, daß es eine neue eiserne Rüstung um das deutsche Volk legen wird.

Abg. Haase (Soz. Arb.-Gem.): Es handelt sich hier um ein Ausnahmengesetz. Tausende von Kapitalisten gewinnen durch Kriegslieferungen Millionen, während die Arbeiter Not leiden und bedrückt werden. Die Firma Krupp hat nach 30 Millionen Abschreibungen noch einen Riesengewinn abgeworfen. Die Arbeiter dürfen in Zukunft ihre Arbeitsstelle nicht ohne Abkehr verlassen, auch wird der kleine Mittelstand schwer in seiner Existenz bedroht. Das Gesetz legt das Schicksal von Millionen Menschen in die Hand eines rückwärtsstrebenden Militarismus, es können dafür nur politische Gründe ausschlaggebend sein. (Widerpruch rechts.) Zu solchen Gesetzen können wir nicht die Hand bieten, um so weniger, als die Schutzbestimmungen nur notdürftig sind. Gegen die Verhinderung der Arbeiter aus Belgien protestieren wir, wie schon mehrere neutrale Staaten protestiert haben.

Abg. Behrens (D. Fr.):

Die Arbeiter sehen dieses Gesetz durchaus nicht als ein Ausnahmengesetz an.

Herr Haase kann hier nicht als Vertreter der Arbeiterschaft auftreten, die entschlossen ist, den Krieg siegreich zu Ende zu führen.

Staatssekretär Dr. Helfferich: Die Heranziehung der belgischen Arbeitslosen zur Arbeit widerspricht in keiner Weise dem Völkerrecht. Wir tun nur unsere Pflicht, wenn wir im Rücken unserer Truppen keine müßiggelende Bevölkerung dulden. (Widerpruch b. d. Soz.)

Abg. Bauer (Soz.): Wir haben uns bereits bemüht, eine Besserung der Lage der belgischen Arbeiter herbeizuführen. Herr Haase leidet an Doctrinarismus.

Abg. Dittmann (Soz. Arb.-Gem.): Darüber wird die Arbeiterschaft später anderer Meinung sein; sie wird in ihrer Mehrheit nach dem Kriege der Arbeitsgemeinschaft, b. e. r. z. (Lachen.)

Staatssekretär Helfferich: Ich bedauere viele Diskussion auf tiefste, viele Anklagen stützen sich auf Berichte der feindlichen Zeitungen.

Abg. Legien (Soz.): Es ist in den Resolutionen der Berliner Gewerkschaften, die sich übrigens gegenjüng aufheben (Heiterkeit), nicht gesagt, daß das Gesetz abzulehnen sei.

Abg. Dittmann: General v. Bissing hatte noch 1914 eine Verfügung erlassen, daß keine jungen Männer aus Belgien nach Deutschland fortgeführt werden sollen.

Abg. Graf Westarp (konj.) u. Gen. beantragen namentliche Abstimmung über das Gesetz. — Die Generaldebatte schließt.

Abg. Dr. Rieker (nl.):

Ein einzelner Stand kann jetzt nicht Selbstzweck sein, alle haben sich unterzuordnen der Verteidigung des Vaterlandes. Es soll, wie wir gehört haben, mit der größten Schonung vorgegangen werden.

Präsident Dr. Kaempff macht den Redner wiederholt aufmerksam, daß er nur noch zu § 1 sprechen dürfe.

Die §§ 1-8 werden angenommen.

§ 9 handelt von der Beschäftigung von Hilfsdienstpflichtigen in Arbeitsbetrieben.

Abg. Dr. Köhde (konj.) bittet um weitgehende Rücksichtnahme auf landwirtschaftliche Betriebe und um Befreiung sachkundiger Ausschüsse.

Abg. Bauer (Soz.): Die Interessen der Landwirtschaft sind wirklich außerordentlich wichtig.

Staatssekretär Helfferich stimmt dem konservativen Anträge zu.



Abg. Gothein (Fr. Sp.) lehnt ab. Abg. Behrens (D. Fr.) wünscht eine Milderung des Antrages. Abg. Erzberger (Zentr.) hofft, daß auch ohne den Antrag die Wünsche der Landwirtschaft erfüllt werden. Abg. Köstke (konf.), Graf Westarp, Dittmann, Gothein, Erzberger beteiligen sich an der weiteren Debatte. Der Antrag wird hierauf mit knapper Mehrheit abgelehnt. Die §§ 9 und 10 werden angenommen. § 11 betrifft

Die Arbeiter-Ausschüsse.

Abg. Stadthagen (Soz. Arb.-Gem.): Auch die ländlichen Arbeiter müssen ihre Ausschüsse haben, sie sind die rechtmäßigsten Arbeiterkategorien in Deutschland. (Zuruf rechts.) Ein dementsprechender Antrag wird abgelehnt. Die §§ 11 bis 12 werden angenommen. § 13 handelt von den

Schlichtungsstellen.

Abg. Dr. Köstke, Graf Westarp (konf.) beantragen, daß der Kaiser, der auch solche Einigungsämter für die Landwirtschaft einführen will, wieder gestrichen wird. Abg. Brey (Soz.): In ausländischen Staaten haben die ländlichen Arbeiter schon diese Rechte, ich warne entschieden, den Antrag Westarp anzunehmen.

Abg. Behrens (D. Fr.): Ich weiche in dieser Frage erheblich von Herrn Dr. Köstke ab. Das Verfahren vor den Schlichtungsämtern ist mit allen Kautelen für die Landwirtschaft umkleidet worden. Nach weiteren Auseinandersetzungen zwischen den Abg. Dr. Köstke (konf.) und Brey (Soz.) bekräftigt Abg. Stolle (Soz. Arb.-Gem.) gleichfalls den konservativen Antrag. Der Antrag wird abgelehnt. § 13 wird unverändert angenommen.

Der in der zweiten Lesung angenommene § 13a soll nach einem Antrag aller bürgerlichen Parteien folgenden Wortlaut erhalten: „Den Hilfsdienstpflichtigen bleibt das ihnen gesetzlich zustehende Vereins- und Versammlungsrecht gewahrt.“

Abg. Bauer (Soz.) bittet die ursprüngliche Fassung aufrechtzuerhalten. Wir haben zu dem Reichsamt des Innern nicht genügend Vertrauen, solange der Staatssekretär, der selbst sein ganzes Ressort noch gar nicht beherrschen kann, von Männern wie Unterstaatssekretär Richter beraten wird.

Staatssekretär Dr. Helfferich: Ich habe mich mit diesen Fragen schon seit Jahren eingehend beschäftigt, so daß ich in allen wesentlichen Dingen mir eine eigene Meinung gebildet habe. Abg. Henke (Soz. Arb.-Gem.): Angesichts der ungeheuren Stärkung des Kapitals muß den Arbeitern das Koalitions- und Streikrecht gesichert werden. Den Staatssekretär Dr. Helfferich muß ich nach seinem ganzen bisherigen Auftreten als einen vollständigen Reaktionsär bezeichnen.

Abg. Dr. Spahn (Zentr.): Der Unterstaatssekretär Richter ist an dieser Aenderung ganz unbeteiligt. Abg. Heine (Soz.) tritt für unveränderte Annahme des § 13a ein.

Staatssekretär Helfferich: Das Vereins- und Versammlungsrecht der zum Hilfsdienst Eingezogenen wird gewahrt werden. Damit schließt die Erörterung.

Der § 13a wird unter Ablehnung aller Anträge angenommen. § 14 besagt, daß für die industriellen Betriebe der Heeres- und Marine-Verwaltung bezügliche Vorschriften über die Arbeiter-Ausschüsse erlassen werden sollen.

Abg. Ledebour (Soz. Arb.-Gem.): Anstatt die gewünschte Erklärung abzugeben, hat General Groener in seiner Antwort die patriotische Panke geschlagen. Wir verlangen ausreichende Sicherungen und Vollmachten. Es läßt ein Antrag Spahn (Ztr.) ein:

„Den im vaterländischen Hilfsdienst beschäftigten Personen darf die Ausübung des ihnen gesetzlich zustehenden Vereins- und Versammlungsrechts nicht beschränkt werden.“

Staatssekretär Dr. Helfferich: Dieser Antrag trägt meinen Bedenken Rechnung. § 2 wird gegen die Stimmen der Soz. Arb.-Gem. angenommen. Die Änderungsanträge der Soz. Arb.-Gem. werden abgelehnt. Der § 13a wird in folgender Fassung gegen die Stimmen der Rechten angenommen:

„Den im vaterländischen Hilfsdienst beschäftigten Personen darf die Ausübung des ihnen gesetzlich zustehenden Vereins- und Versammlungsrechts zur Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen nicht beschränkt werden.“

Die §§ 3 bis 6 werden unverändert angenommen. § 7 handelt von der Aufforderung zur freiwilligen Meldung. Erst dann, wenn jemand keine Hilfsdienstarbeit gefunden hat, wird ihm eine solche zugewiesen.

Abg. Kohnmann (Ztr.) fordert, daß die Gelegenheit nicht dazu benutzt wird, die Bezüge der Pensionäre zu kürzen. Abg. Weder-Venusberg (Ztr.): Gegen Härten aus diesem Paragraphen empfiehlt sich eine Notverordnung.

Staatssekretär Dr. Helfferich stimmt dieser Anregung zu. § 7 wird angenommen. § 8 (Rücknahme auf Lebensalter, Familienverhältnisse und Beschäftigung) wird mit einem sozialdemokratischen Antrag angenommen, wonach geprüft werden soll, ob der Arbeitslohn für den Unterhalt des Beschäftigten ausreicht.

§ 9 (Abfahrtschein) wird nach kurzer Debatte angenommen, ebenso § 10. Die §§ 11-14 führen Arbeiter- und Angestelltenausschüsse ein und regeln ihre Befugnisse. Die Konservativen wollen diese Paragraphen streichen, die Sozialdemokraten sie auch auf die Heeres-, Marine- und Eisenbahnbetriebe ausdehnen. Sie fordern einen § 14a, wonach der Bundesrat Betriebe in Reichsbesitz übernehmen oder sie zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammenschließen und auch Vorschriften über Absicherungen und über die Berechnung und Verteilung des Gewinnes erlassen kann.

Abg. Dr. Stresemann (nl.): Die gesetzliche Einführung von Arbeiterausschüssen ist der

Siegeszug des Organisationsgedankens.

Früher war die Industrie gegen obligatorische Arbeiterausschüsse. Die Zeiten haben sich geändert. Dagegen bestehen gegen Angestelltenausschüsse Bedenken. Da die Angestelltenorganisationen aber selbst die Schaffung solcher Ausschüsse wünschen, wollen wir Entgegenkommen zeigen.

Abg. Rehbel (konf.): Wir lehnen diese Paragraphen ab, denn dieses Gesetz scheint uns nicht geeignet, sich mitten im Kriege Arbeiterausschüsse obligatorisch einzuführen.

Abg. Giesberts (Ztr.): Das Gesetz bringt für die Arbeiter weitgehende Beschränkungen der Freizügigkeit, so daß wir sie wirksam gegen Lohnrückerei schützen müssen.

Abg. Febr. v. Camp (D. Fr.) erklärt sich gegen die zwangsweise Einführung von Arbeiterausschüssen, obwohl er an sich ein Freund der Einrichtung sei.

Abg. Legien (Soz.) begründet einen Antrag, daß diese Ausschüsse auch für die Eisenbahner eingerichtet sein sollen. Staatssekretär Helfferich bittet um Ablehnung des Antrages, der das ganze Gesetz gefährden würde. Die Heeres- und Marinebehörden haben bereits alle Anordnungen getroffen, um diesem Gesetz gerecht zu werden.

Abg. Giesberts (Zentr.) bittet, es bei der jetzigen Fassung zu belassen und sich auf eine Resolution zu beschränken. Abg. Legien (Soz.): Es ist erstaunlich, daß der Staatssekretär gerade bei diesem Paragraphen mit dem Scheitern des Gesetzes droht. Die Eisenbahner müssen auf Ausschüssen bestehen.

Die Erörterung schließt. Die Abstimmung über den Antrag bleibt zweifelhaft, so daß die Auszählung der Abgeordneten, der sogenannte Hammerspruch, stattfinden muß.

Das Resultat der Abstimmung ist: es haben mit Ja 138, mit Nein 139 Abgeordnete gestimmt. Der Antrag ist also mit einer Stimme abgelehnt und § 14 unverändert angenommen. § 14b bestimmt, daß die der Landwirtschaft überwiesenen Arbeiter nicht den Bestimmungen der Gewerbeordnung unterliegen.

Abg. Mumm (D. Fr.) beantragt: Der Bundesrat kann Betriebe, welche dem Zweck des Gesetzes nicht nachkommen, auf das Reich übernehmen.

Abg. Giesberts (Zentr.) spricht sich für diesen Antrag aus. Abg. Gothein (Fr. Sp.): Die Industrie muß die nötige Freiheit behalten, der Antrag ist überflüssig.

Abg. Gröber (Zentr.): Nachdem wir den Arbeitern einen genügenden Arbeiterschutz gewährt haben, müssen wir

auch den Arbeitgeber schützen

und entschädigen. Der Antrag ist ganz unmöglich. „Beschreiten Sie nicht den Weg des Verderbens!“

Abg. Hoch (Soz.): Ich wundere mich über die Haltung des Herrn Gröber. Der Arbeiter soll dem Vaterland mit Haut und Haaren dienen, aber den Unternehmern geschieht nichts. Abg. Mumm: Schon Abg. Stoeder hat die in meinem Antrag vertretene Idee hier vertreten.

Abg. Dr. Stresemann (nl.): Durch die Stilllegung werden große Betriebe betroffen, die doch nicht ohne Entschädigung bleiben können. Für die Arbeiter bringt die Vorlage außerordentliche sozialpolitische Fortschritte; aber die Arbeitskraft und die Intelligenz der Unternehmer muß auch erhalten bleiben. Ich warne davor, Privatbetriebe unter Staatsaufsicht zu stellen.

Staatssekretär Dr. Helfferich: Das Vertrauen, das die Antragsteller dem Bundesrat schenken wollen, ist ein Dauer-gegenstand. Das Kriegsamt besitzt Mittel genug, um seinen Willen durchzusetzen.

Abg. Graf Westarp (konf.): Auch meine Freunde können dem Antrag nicht zustimmen. Ich trete den Herren Stresemann und Gröber bei.

Die Debatte schließt. Der Antrag wird abgelehnt. Die §§ 15-16 werden angenommen. § 17 handelt von dem

15gltebrigem Ausschuss.

der dem Kriegsamt beigegeben werden soll. Abg. Ledebour (Soz. Arb.-G.): Ein solches Gesetz will man dem Bundesrat mit einem einfachen Beirat übergeben, der sich zu einer parlamentarischen Bureaucratie entwickeln wird. Unser Antrag zeigt den richtigen Weg.

Staatssekretär Dr. Helfferich: Ich bitte diesen Antrag abzulehnen. Bei der Zustimmung zu Aenderungen müßte ich prinzipiell erst das Einverständnis des Bundesrates einholen. Man darf das Schiff nicht zu schwer belasten. Das Wort „unannehmbar“ habe ich nicht ausgesprochen. — Der Bundesrat hat heute die Erhöhung der Familien-Unterstützungen beschlossen; auch der Betrag von

20 Millionen für Kriegspflege-Einrichtungen

der Gemeinden wird auf 30 Millionen erhöht werden. (Bravo!)

Abg. Ebert (Soz.): Diese Mitteilungen sind recht erfreulich, aber ich gebe nochmals meiner Verwunderung Ausdruck, daß der Staatssekretär den Eisenbahn-Ausschüssen so scharf entgegentritt. Der Ausschuss muß ständig beim Kriegsamt mitarbeiten.

Staatssekretär Dr. Helfferich: Der Bundesrat wird die Bestimmungen des Gesetzes loyal ausführen. Abg. Ledebour (Soz. A.-G.): Staatssekretär Dr. Helfferich hat mit seinem „unannehmbar“ den Reichstag geküßt. Hiermit schließt die Erörterung. § 17 wird unverändert angenommen.

§ 18 besagt, daß das Gesetz spätestens einen Monat nach Friedensschluß außer Kraft tritt. Abg. Keil (Soz.) beantragt, daß das Gesetz am 1. Juli 1917 außer Kraft treten soll.

Abg. Ledebour (Soz. Arb.-Gem.) begründet einen weitergehenden Antrag. § 18 wird unter Ablehnung dieser Anträge unverändert angenommen. Damit ist die Beratung beendet.

Die Gesamtstimmung über das Gesetz ist namentlich. Es stimmen 262 Abgeordnete ab, davon mit

Ja 235, mit Nein 19, der Stimme enthalten sich 8.

Das Gesetz ist somit endgültig angenommen.

(Lebhafter Beifall.) Präsident Kaempf: Dieser Beifall ist vollberechtigt. Kaum jemals hat der Reichstag einen so wichtigen Gesetzentwurf wie diesen verabschiedet. Mögen unsere Feinde daraus unsere Entschiedenheit ersehen, den Kampf zu einem siegreichen Ende zu führen. (Beifall.)

Staatssekretär Dr. Helfferich: Ich spreche Ihnen namens der verbündeten Regierungen den wärmsten Dank aus für die Annahme dieses Gesetzentwurfs. Die Regierungen werden das Gesetz in Ihrem Sinne ausführen. (Bravo!)

General Groener: Das Kriegsamt wird seine Aufgabe mit gesundem Menschenverstand erfüllen. Die Saat, die 1870 ausgestreut wurde, wird heute für unser Heer geerntet. Die Wirkung dieses Gesetzes auf unsere Feinde ist deutlich zu erkennen. Der neue Dreibund, Bundesrat, Reichstag und Ausschuss, muß einig sein. (Beifall.)

Es liegen Resolutionen der Konservativen zugunsten des Handwerks, und der Nationalliberalen zugunsten des Gewerbes und des Mittelstandes vor; sie werden der Regierung als Material überwiesen, desgleichen die Petitionen.

Präsident Dr. Kaempf: Angesichts der Ereignisse in den letzten Wochen ist eine frühere Einberufung des Reichstages möglich; zum zweiten Male eine kaiserliche Verordnung zurückzunehmen, ist nicht angängig. Ich bitte also um die Ermächtigung, die nächste Sitzung festzusetzen. (Es erhebt sich kein Widerspruch.) Ich schließe die Sitzung.

Schluß gegen 4 Uhr.

Deutscher Reichstag.

(Schluß des geistigen Sitzungsberichts.)

Abg. Dr. Spahn (Zentr.): Die Vorlage ist kein Zwangs-gesetz gegen die Arbeiter. Sie soll ein festes Fundament abgeben für die Errichtung des Kriegsammtes. Man will die Möglichkeit haben, alle Kräfte vom 17. bis 60. Jahre im Interesse der Landesverteidigung in den Hilfsdienst einzustellen. Dieses Ziel ist so begründet, daß kein ernsthafter Widerspruch dagegen geltend gemacht werden kann. Selbstverständlich gehören auch die geistigen Bedürfnisse in den Bereich dieses Gesetzes mit hinein. Nur in den seltensten Fällen soll vom Zwange Gebrauch gemacht werden. Dann muß aber Vorbehalte getroffen sein, daß unnötige Härten vermieden werden. Niemand darf das Gefühl haben, schlechter behandelt zu werden als der andere.

Abg. Dr. David (Soz.): Die Sozialdemokratie billigt die Grundgedanken des Gesetzes, die Konzentration aller Volkskräfte zur Ermämpfung eines ehrenvollen Friedens. Die Bereitschaft zu einem solchen Frieden hat der Reichstanzler auch heute wieder ausgesprochen. Dieses Gesetz dient nicht einer Krieges-Verlängerung. Da aber unsere Gegner immer noch nicht zu einem Frieden bereit sind, der unsere territoriale Unversehrtheit und wirtschaftliche Entwicklungsfreiheit sichert, müssen unsere braven Feldgrauen draußen davor bewahrt werden, mangelnde Geschütze und Munition mit Blut und Leben zu bezahlen. Die noch nicht völlig abgeschlossene Kommissionsarbeit bringt ein umfangreicheres und besseres Gesetz, aber es bleiben noch so viele Bedenken übrig, daß wir über unsere Stellung dazu noch nichts sagen können. Sorgfältigste Prüfung ist notwendig, denn ein Zwang, dem man innerlich nicht zustimmt, würde zum Unheil statt zum Heil Deutschlands ausschlagen. Ueberhastung darf, trotzdem die Sache keine Verzögerung duldet, nicht stattfinden, wir erwarten eine ordnungsmäßige zweite Beratung.

Das Gesetz muß reale Garantien gegen Mißbrauch geben, Worte und Erklärungen vom Regierungstisch genügen nicht. Auch die neue Fassung reicht nicht in allen Punkten aus. Das Gesetz trifft mit seiner ganzen Wucht die Lohnarbeiterschaft, die Mühsiggänger werden immer noch eine Stelle finden, wo sich leben läßt. Daher müssen die Lohnarbeiter vor allem geschützt werden. Dazu bedarf es einer ständigen Kontrolle des Reichstages. Vor einem zu weit gehenden Vertrauen hat uns erst jetzt wieder der preussische Eisenbahnminister v. Breitenbach gewarnt. Aus seinen Erlassen spricht nicht der neue Geist des Reichstanzlers, sie riechen noch nach Schutt und Moder. Der Mann, der in Preußen Eisenbahnen wachsen ließ, will Rechte (Heiterkeit — Abg. Scheidemann: Er soll vierter Klasse abfahren! — Weiter.) Der ganze Streit ist vom Baum gebrochen, ein Streik war nicht zu befürchten. Gegenüber anderen Leuten befindet sich der

Landwirt in einer beneidenswerten Lage.

Jetzt sollen ihm auch noch Arbeitskräfte zugeführt werden. Die Regierung muß dafür sorgen, daß hier kein Mißbrauch eintritt. Ueberhaupt muß verhütet werden, daß der Hilfsdienst zu einem Hilfsdienst für die Kassen der Unternehmer wird. Wir fordern die Vertikalisierung der Rüstungsindustrie. Deutschlands Sieg steht und fällt mit der Leistungsfähigkeit seiner Industriearbeiter. Auf der Wechsellagerung des allgemeinen Bauern gründete sich sein Recht und seine Freiheit; neben den Bauern ist jetzt der Arbeiter getreten. Ihm gehört endlich die volle staatsbürgerliche Gleichberechtigung.

Abg. Basse mann (nl.): Die Novum gleit des Gesetzes ist ausreichend begründet, mit der Zustimmung zu ihm bringen wir dem Kriegsamt und seinem Leiter großes Vertrauen entgegen. Gleichwohl müssen wir Kautelen gegen mißbräuchlichen Zwang schaffen. Wir erhoffen von dem Gesetz die Freimachung vieler Frontdiensttauglichen, wir bitten, den zu erwartenden Meldungen studierender Frauen stattzugeben und die Interessen der Angestellten vollaus zu berücksichtigen. Dieses Gesetz spricht aus, daß wir bisher ungenützte Kräfte in den Dienst des Vaterlandes stellen, um den Krieg durch einen siegreichen Frieden zu beendigen. Trotz aller Interpretationskunst wird es den Herren Dr. David und Scheidemann nicht gelingen, eine Uebereinstimmung des Reichstanzlers mit ihrem Standpunkt zu beweisen. Der Reichstanzler hat wiederholt Garantien gefordert und erklärt, daß der Status quo ante nicht wiederhergestellt werden kann. Es mag sehr gut sein, einmal zu betonen, daß wir den Krieg nicht unbegrenzt für Eroberungen weiterführen wollen, aber die ständige Wiederholung würde uns

im Ausland nur als Zeichen der Schwäche ausgelegt.

Mehr als jedes Verstecken vor Friedensbereitschaft bringt uns der feste Wille, den Krieg siegreich zu beenden, dem deutschen Frieden näher. In diesem Geiste begrüßen wir die Vorlesung und treten für ihre rasche Bewilligung und entschiedene Durchführung ein. (Lebh. Beifall rechts, im Zentrum und bei den Nationalliberalen.)

Abg. Dr. v. Payer (Fortf. Fr. Sp.): Sowohl in der Majestät der Erlebigung dieses Gesetzes wie in der Errichtung des Erprobungsorgans eines fünfzehnjährigen Ausschusses für den Reichstag schaffen wir hier etwas Neues, was aber durch den Krieg begründet ist. Der Arbeiterschutz muß so weit wie möglich ausgebaut werden. Allerdings müssen die Härten getragen werden, wie vieles andere auch. Man denke nur an das schwere Los unserer Brüder an der Front. Es muß nur jeder ein wenig Vertrauen haben können, daß er gerecht behandelt wird. Der

Offizier als Gemeindevorsteher ist freilich sehr außergewöhnlich, aber vielleicht besetzt gerade diese Einrichtung manchen alten Streit. Da wir auf möglichst einmütige Annahme der Vorlage das größte Gewicht legen, haben wir auch der meist im Sinne der Gewerkschaften erfolgten Lösung sozialpolitischer Fragen zugestimmt. Die Lasten dieses Gesetzes sollen mit innerer Freude und Hingabe getragen werden. (Beifall.)

Wir haben Vertrauen zum deutschen Volk.

Auch viele Frauen wollen dem Gesetz unterworfen sein, solange das aber nicht notwendig ist, unterbleibt es besser. Müssen wir einmal an die Frauen appellieren, dann wird es an ihrem guten Willen auch nicht fehlen. (Beifall.) Es würde im Volke nicht verstanden werden, wenn für Stilllegung von Betrieben so berechtigt dies auch an sich wäre, Entschädigung gewährt wird, während die millionenfachen Schäden infolge Ausübung der Wehrpflicht nicht entschädigt werden. Die Aufnahme der Entschädigungspflicht ins Gesetz würde nur Schwierigkeiten schaffen.

Abg. Graf Westarp (konf.): Das Gesetz ist ein Aufopf-an die Opferwilligkeit unseres Volkes. Unsere Feinde sind unbewußt in ihrem Willen, unser Dasein zu vernichten. Deswegen müssen ihnen mit überlegenen Mitteln entgegengetreten. Aufruf zur freiwilligen Mitarbeit gilt auch für die Frauen. Das Prinzip des Gesetzes ist Freiwilligkeit.

Weiter des Kriegsammtes General Groener: Ueber die Notwendigkeit des Gesetzes braucht nichts gesagt zu werden. Unsere Feinde stellen nicht nur die gesamte neutrale Welt herstellung in ihren Dienst, sondern sie hegen auch noch die neutralen Völker in den Krieg. Rumänien sollte die Entscheidung bringen.

Wie den Rumänen soll es den Engländern und der ganzen Gesellschaft gehen!

(Sturm. Weifall.) Dazu brauchen wir aber dieses Gesetz. Der Schwerpunkt liegt in seiner Ausführung. Wir werden nichts erreichen, wenn das Gesetz nicht vernünftig ausgeführt wird. Das wird geschehen. Wir dürfen die Leute nicht am Karren haben, sie müssen alle freiwillig kommen. Der Zwang steht nur dahinter als ultima ratio. Vor phantastischen Vorstellungen sollte man sich überhaupt hüten. Niemandem wird von heute auf morgen die Bude zugemacht. Alle Entscheidungen werden genau geprüft. Wir dürfen nicht mit rauher Hand dazwischenfahren. Auch die Verpflanzung von Arbeitern wird nicht von heute auf morgen stattfinden. Wir nehmen alle nur mögliche Rücksicht. Das Herausjuchen der Hilfsdienstpflichtigen wird auf Grund der eingegangenen Meldungen erfolgen. Auch eine Registrierung der Hilfsdienstpflichtigen beabsichtigen wir zunächst nicht, dazu würden wir zu viele Kräfte brauchen. Dagegen wird es unsere besondere Aufgabe sein, Wehrpflichtige an den Stellen, wo Hilfsdienstpflichtige dasselbe leisten können, nach vorn herauszunehmen. Unsere Volkswirtschaft zu führen und zu schwächen, wäre geradezu Torheit; ihre Stärkung muß dauernd unser Ziel sein. (Lebhafte Zustimmung.) Es handelt sich um die Steigerung des Waffen-, Munitions- und Seereservieres und um die Stärkung der Willenskraft unseres Volkes. Unser heldenhaftes Heer muß wissen, daß das Volk in der Heimat einmütig hinter ihm steht. Das ganze Volk muß das tun, in einem harmonischen Verein die Kräfte, niemand darf widerstreben, alle müssen mitmachen.

die allgemeine Arbeitsgemeinschaft ohne politischen Aufsicht.

(Große Heiterkeit.) Dem Selbdenmut der Feldgrauen gegenüber sollte das bishigen Entschlossenheit in der Heimat nicht gegenüberstehen? Wir machen keine Zwangsarbeit; es geht um die höchsten Güter unseres Volkes. Das Gesetz ist höchste Freiheit, indem es den eigenen Willen unterordnet dem Vaterlande. Das sichert Deutschlands Zukunft, die beruht auf der Freiheit, Wohlfahrt und Gerechtigkeit. Wenn dieser Geist auszieht von hier in die deutschen Lande, dann ist meine Arbeit leicht. (Lebhafte, sich wiederholender Weifall.)

Abg. Zuberl (Soz. Arb.-Gem.) bringt Klagen über zu geringe Löhne bei Krupp vor.

Abg. Landsberg (Soz.): Das hat mit diesem Gesetz nichts zu tun. Wir verhandeln über grundsätzliche Fragen.

Abg. Gothein (Fortschr. Pp.): Die Konservativen haben nichts gelernt und nichts vergessen. Sonst müßten sie wissen, daß der Zwang, bei bestimmten Firmen zu arbeiten, ein Recht auf Sicherungen gibt. Sonst ist für uns das Gesetz unannehmbar.

General Gröner: Die Vorschläge der wirtschaftlichen Organisation werden wir selbstverständlich bei den Wahlen nach Möglichkeit berücksichtigen. Ich muß mir aber vorbehalten, auch andere Persönlichkeiten zu wählen.

Abg. Behrens (Dtsch. Frakt.) spricht für Arbeiterausschüsse.

Staatssekretär Dr. Helfferich: Wird der vorliegende Entwurf auch vom Bundesrat angenommen, so wird in wichtigen sozialpolitisch umstrittenen Fragen für die Kriegsdauer wenigstens ein großer Fortschritt erzielt. Aber belasten Sie das Schiff dieses Gesetzes nicht zu einseitig.

Abg. Koch (Soz.): Wenn man den Arbeitern solche Lasten aufbürdet, muß man auch Sicherungen schaffen.

Abg. Dr. Stresemann (nl.) wendet sich gegen das Verlangen des Vorredners, daß den Unternehmern die Gewinnverteilung und die Abschreibungen vorgeschrieben werden; der Besteuerung entgegen sie doch nicht. Wir stehen ja vor einer vollkommenen Sozialisierung unserer Wirtschaft. Diese Sozialisierung kann zu finanziellen Ergebnissen führen, die Ihnen (zu den Soz.) nicht willkommen sind. Daß wir einig sind, dem Reiche zu geben, was des Reiches ist, zeigt die Erklärung des Grafen Westarp, daß er trotz seiner Gegnerschaft gegen direkte Reichsteuern für höhere Kriegsgewinnsteuer ist.

Abg. Koch (Soz.) polemisiert nach schlußändiger Sitzung gegen den Vorredner. Der Krieg müsse wohl noch länger dauern, ehe man das Notwendige erkenne.

„Unter dem Sachsenbanner.“

Eine Sammlung hervorragender Taten unsrer Feldgrauen im Auftrage des Königl. Sächs. Kriegsministeriums bearbeitet vom Königl. Sächs. Kriegsarchiv.

Bei Craonne am 25. Januar 1915.

(Kf) Immer wieder ist es erstaunlich, wie schmal die

Abg. Vogtherr (Soz. Arb.): Der Reichstanzler hat noch immer nicht seine Bereitwilligkeit zu einem amnestionslosen Frieden erklärt; er sollte dem Kaisertraten um jenen Absichten ein Ende machen. Schon bei der Vertagung des Reichstages bestand die Absicht zu diesem Gesetz. Die dem Plenum vorangegangene Kommissionsberatung ist eine Täuschung der Öffentlichkeit. Diese Regierung hat ja manche Versprechung nicht eingehalten. (Präsident: Das ist unzulässig.) Es handelt sich um die Neuorientierung und die verprobene Nichtbesteuerung notwendiger Lebensmittel. Wir lehnen das Gesetz ab, denn es bedeutet Unfreiheit und Sklaverei. (Lachen.) Es ist ein Ausnahmengesetz gegen die Arbeiter. Wäre der Feind ins Land gekommen, er hätte mit dem Volke nicht anders umspringen können, als dieses Gesetz es tut. (Großer Lärm. — Zurufe: Unverschämtheit! Flegel! — Abg. Graf Westarp ruft: Freiheit! — Präsident Dr. Kaempf ruft den Abg. Vogtherr und wegen des Zwischenrufes Graf Westarp zur Ordnung.) Das Gesetz dient der Verlängerung des Krieges, das Volk aber will den Frieden. Wenn der Reichstanzler den unbedingten Sieg Deutschlands als Voraussetzung aufgeben würde, würde England zu Friedensverhandlungen bereit sein. (Stürmisches Gelächter. — Zurufe: Sie sind ein Narr!) Wenn man den Frieden will, kann man ihn leicht haben. Das Volk will Brot, Freiheit und Frieden. (Lärm.)

Staatssekretär Dr. Helfferich: Der Vorredner hat ausgeführt, der Bundesrat habe mit gutem Gewissen dem Schutzgesetz zugestimmt, denn als Ersatz stehe ihm der Schützengraben zur Verfügung. (Huirufe.) Diese Neuherung schiebt der Regierung eine Gesinnung von solcher Niedrigkeit zu, daß mir die Möglichkeit fehlt, parlamentarisch darauf zu antworten. Von dem Inhalt des Gesetzes hat der Vorredner ein Zerbild entworfen, das zu dem unglaublichsten gehört, was ich je gehört habe. Der Vorredner will nicht den deutschen Sieg, sondern das Gegenteil. (Lärm bei der Soz. Arb.) Das deutsche Volk aber will nicht besiegt werden. (Weifall.)

Damit schließt die erste Lesung der Vorlage.

Nächste Sitzung: Donnerstag, 12 Uhr: zweite Lesung.

Grenze zwischen Erfolg und Mißlingen sein kann und wie ein einziger Zug, wenn er unter besonders schneidiger Führung steht, das Schicksal eines Bataillons, eines Regiments zu entscheiden vermag.

Es war noch im ersten Halbjahr des Feldzuges, bei Craonne. Und der Reservoffizier, dem hier sein Ehrenfranzlein gewonnen werden soll, ist am Schluß des zweiten Volljahres von einer Granate zerrissen worden. Richard Karl Grühne hieß er, war aus Leipzig, und gehörte dem Lehrstande an, dessen moralische Kraft in diesem Kriege ja überhaupt Wunder auf Wunder gewirkt hat.

Der Sturm im Regimentsverbande — Infanterie-Regiment Nr. 103 — war beschlossen. Die Artillerie, beruhigend verstärkt, schoß sich — man darf fast sagen „unauffällig“ — ein. Zwei Stunden lang. Ein Höllenlärm mit noch deutlich erkennbaren Einzeltönen, die das Kaliber verrieten. Der Feind war in Dampf eingewickelt; seine Hauptstellungen, mit Erde und Trümmern aufgefüllt, lagen bloß da, eben.

Befehlsgemäß floß außerdem der feindliche Graben durch zwei von den Unseren gewählte Minengänge Punkt 3,50 Uhr nachmittags an zwei Stellen in die Luft. Und diese gewaltige Erschütterung und ihre gute Wirkung sollten das Signal für das Regiment sein, mit zehn Sturmkolonnen in Stärke von je 80 Mann vorzubrechen. Innerhalb der beiden dabei verwendeten Bataillone — das dritte blieb in Reserve — gab es zwei Sturmkompanien, die Schiebkompagnie und einen Stobzug, an dessen Spitze der Kompanieführer selber stand. In der Bezeichnung liegt deutlich genug die Aufgabe der einzelnen Teile. Der eine stürmt vor, der andere unterstützt das Vorgehen durch Feuer, der dritte hat die voraussichtlich gewonnenen feindliche Stellung zu überrennen, um gefangen zu nehmen, was vielleicht jenseits des eroberten Grabens sich verbergen oder weiterkämpfen will.

Leutnant und Stobzugsführer Grühne hatte 81 Gewehre zur Verfügung und 20 Pioniere, mit all ihren Schätzen ausgestattet, als da sind: Handgranaten, Bomben, Brandfackeln, Drahtscheren, etc. Dazu seine beiden Kompanieoffiziere, die Leutnants Thiele und Franke; Franke war ein Verwandtsbruder von der Universität her. Sie hatten eifrig darum gebeten, an der großen, gefährlichen Unternehmung teilnehmen zu dürfen.

Bei der Sturmkompanie, die seinem Stobzuge vorausgehen sollte, mußte irgend etwas mißverstanden worden sein. Sie kam nicht so geschwind vom Fleck wie die übrigen, gleichzeitig angelegten Teile des Regiments, sondern legte sich halbwegs hin und feuerte. Die Ueberwachung des Feindes war damit unmöglich gemacht; er konnte sich vorbereiten. Da machte Leutnant Grühne im Nu aus seinem Stobzuge einen Sturmzug, stürzte mit brausendem Hurra selbständig vor, überholte die noch immer liegende Kompanie, war eins, zwei, drei im feindlichen Graben, säuberte ihn und führte dann noch seinen Sonderauftrag aus, darüber hinaus zu dringen. Die Sturmkompanie war nun natürlich gefolgt.

Aber er hatte bald keine 81 Gewehre mehr, keine Pioniere mehr zur Unterstützung, keinen auch von seinen Leutnants. Maschinengewehrfeuer aus der Flanke, be-rüchtigt genau, riß sie von seiner Seite.

Kerntruppen waren die Geaner gewesen, aus den Pyrenäen, Standort Pau, bei Lourdes. Sie ließen es den Unseren lauer werden, ihre Festung zu nehmen. Denn eine reguläre Festung war dies wohlhergerichtete Erdwerk. Es gab da eine Wasserleitung und einladende, trockene, warme Wohnräume. Die Kalksteinhöhlen hatten auch ihre Geheimnisse. Denn am nächsten Tage erst krochen die meisten von den 600 Gefangenen hervor, die nach Deutschland wanderten. Acht Maschinengewehre, ein reiches Pionierdepot und ganze Käden mit Ausrüstungsstücken waren erbeutet worden. Leutnant Grühne persönlich hatte 18 Gefangene herbeigekleppt.

Und weil er allein im vordersten Auslaß, ohne Ab-lösung bis 10 Uhr abends Wache hielt, sagte man ihn tot. Als er dann zum Bataillon zurückkehrte, war die Freude groß. Und groß war auch die Trauer, da er ein Lieb-ling seiner Vorgesetzten und seiner Mannschaften, nach anderthalb Jahren einem Granatplitter zum Opfer fiel.

Er war Ritter des Militär-St.-Heinrichs-Ordens, des Albrechts-Ordens 2. Klasse mit Schwertern, des Eisernen Kreuzes 2. Klasse und des Badiischen Ordens vom Zähringer Löwen.

Wackensens Gottvertrauen.

Die Körperschaften der evangelischen Kirchengemeinde zu Hohenfalza hatten vor einiger Zeit beschlossen, den Platz in der evangelischen Kirche, auf dem Generalfeld-mar-schall von Wackensens am 15., 18. und 22. November 1914 an den Gottesdiensten teilgenommen hat, mit einer über-ernen Gedenktafel und einer Inschrift zu bezeichnen. Hier-über ist dem Generalfeldmarschall gelegentlich eines Wis-sionsfestes unter gleichzeitiger Ueberreichung einer Photo-graphie Bericht erstattet worden, worauf nunmehr ein eigenhändiges Dank- und Antwortschreiben des General-feldmarschalls eingetroffen ist, dem die „Kreuztg.“ fol-gende Stellen entnimmt: „In Czestochau zum Oberbefehl über eine vor geraltiger Uebermacht zurückgehende Armee berufen und beauftragt, durch einen Stoß gegen die Flanke dieser Uebermacht eine Wendung der Kriegslage herbeizu-führen, traf ich, mit Sorgen reich beladen, im November 1914 in Hohenfalza ein. Mein Gottvertrauen fand da-mals in den Gottesdiensten die Kraft, mir auch in den kri-tischen Tagen meines Führerbaseins erhalten zu bleiben. Ich habe seitdem als Oberbefehlshaber noch manche kriti-sche Stunde durchlebt. Die Wintertage von Rodz, die auf den ganzen Weltkrieg so einflußreiche Offensive in Galizien und Polen im Frühjahr und Sommer 1915 von Gorlice bis über Brest-Litowsk hinaus, der serbische Feldzug im Herbst 1915 mit der Notwendigkeit eines Donauübergan-ges angesichts des Feindes und endlich die eigenartigen Verhältnisse, unter denen sich jüngst für mich der Beginn der Operationen gegen Rumänien vollzog, ließen mich trotz

Die Spione.

Kriegsroman von Johannes Fund. 34

Mittag war schon vorüber, als vom Schloß aus die ersten Schüsse erschollen, und der Baron den Befehl zum Ab-marsch gab.

„Was machen wir mit den Gefangenen?“ fragte einer seiner Leute.

„Sie stehen sicher, wo sie stehen,“ meinte der Baron, „doch ein Mann bleibt zu ihrer Bewachung hier.“

Auf dem Wege zum Schloß hörte der Baron plötzlich Pierdehufe hinter sich. Es war Ferkel, der, durch die Schüsse herbeigeloct, auf seinen Posten eilte.

„Die Russen sind da!“ rief er dem Baron zu. „Ich reite voraus und suche die Finnländer im Schlosse festzuhalten, bis sie von allen Seiten umzingelt sind.“

Auf dem Hohenseeberg gab es ein heißes Ringen. Die Bauern kämpften unter dem braven Erich mit wahrem Heldenmut und hielten der hereinbrechenden russischen Uebermacht wacker stand. Als nun auch der Baron mit sei-ner Schar erschien, sie in der Flanke angriff, und sie sich von allen Seiten umzingelt sahen, mußten sich die Wenig-igen die noch kampffähig waren, auf Gnade und Barmher-zigkeit ergeben und wurden mitsamt den Greisen, Weibern und Kindern gefesselt in die tiefen, feuchten Keller des Schlo-ßes geworfen, wo sie einem traurigen Schicksal entgegensehen. Ferkel war zu spät gekommen, um noch zu ihnen zu stoßen. Sie hatten den Schmerz, ihren alten Führer an der Seite des Barons in den Reihen ihrer Gegner zu sehen, als der Kampf beendet war. Auch sein angeblicher Neffe Anti, der ihnen noch zu guterletzt ein wunderbares Märchen über den Rosatowski'schen Seiten höhnlichelnd die Schar der gefessel-ten Bauern, die sich von ihm so leicht hatten überlöpeln lassen. Nur wenigen der braven Finnländer gelang es, sich durch die Flucht der russischen Gefangenschaft zu entziehen.

Während der Kampf auf dem Hohenseeberg tobte, gerie-ten Bekka und seine drei Leidensgenossen, die das heftige Schießen hörten, in die größte Aufregung und machten ver-zweifelte Anstrengungen, um sich ihrer Fesseln zu entledi-

gen. Alle Mühe war vergebens. Sie erregten nur den Un-willen des Mannes, der zu ihrer Bewachung zurückgelassen war, und der ihnen drohte, daß er sie, wenn sie sich nicht ruhig verhielten, niederstechen würde. Schließlich blieb ih-nen nichts weiter übrig. Sie mußten sich in ihr Schicksal finden, und als ihr Posten saß, daß sich die Gefangenen beruhigt hatten, stopfte er sich gemüthlich eine Pfeife, zündete sie an, und ließ sich, an einen Baumstamm gelehnt, so nie-der, daß er alle vier genau beobachten konnte. Es dauerte aber nicht lange, daß er müde wurde, einnickte, die Pfeife aus dem Munde verlor und schließlich fest einschlieft.

In diesem Augenblick bemerkten die Gefangenen, wie sich im Gebüsch hinter ihrem Wächter plötzlich etwas be-wegte. Leise und vorsichtig schlich sich eine alte weibliche Gestalt heran. Noch ehe sie in ihr die Zigeunerin erken-nten, hatte sich Olla dem Schlafenden genähert. Sie sah ein Messer blinken und die blitzende Klinge sich in die Brust des Schlafenden versenken.

Ein dicker Blutstrahl, ein unheimliches Röcheln, und der tödlich verwundete Russe sank mit einem dumpfen Laut zu Boden, um nie wieder zu erwachen.

„Olla,“ riefen Bekka und die Soldaten wie aus einem Munde.

„Ja, Olla,“ entgegnete die Zigeunerin, die blutbespritzt und voller Schmutz jetzt noch häßlicher als gewöhnlich aussah. „Ja, Olla, die Hege Olla ist gekommen, um zu ret-en.“

„Gott segne Dich, Olla!“ rief Bekka auf, als sie die Ge-fangenen von ihren Fesseln befreit hatte. „Du bist ein gutes Weib! Jetzt aber Kameraden auf nach Hohenseeberg, helfen wir den anderen, und dann retten wir Aina!“

„Halt!“ rief Olla.

„Warum Halt?“ fragte Bekka.

„Geht Ihr jetzt nach dem Hohenseeberg, so seit ihr un-weigerlich verloren. Nein, sorgt nur für neue Streitkräfte, und ich will Euch selbst auf das Schloß führen.“

„Neue Streitkräfte!“ rief Bekka aus, „woher in diesen Zeiten und aus den ausgefogenen Dörfern neue Leute be-kommen?“

„Noch sind neue Björnburger in der Gegend,“ sagte Olla.

„Wo?“ fragte Bekka. „Still!“ „Was ist da?“ „Dort kommen Leute!“ „Verwünscht! Wir sind entdeckt.“ „Vielleicht hat der Baron Waffen in den Hütten zurückge-lassen.“

Die Hütten wurden untersucht und richtig auch einige Waf-fen gefunden.

„Versteckt Euch,“ sagte Olla. „Ich fürchte die Russen nicht. Vielleicht sind es Finnländer. Versteckt Euch. Ich fürchte nichts. Denn eine alte Zigeunerin wie ich —“

Sie hatte den Satz noch nicht ausgesprochen, als sie plöz-lich laut ausrief: „Es sind Finnländer!“

„Finnländer?“ entgegnete Bekka und die drei Soldaten.

„Bekka! Bekka!“ riefen einige männliche Stimmen, und mehrere Leute stürzten herbei.

„Bars!“ antwortete Bekka und eilte auf den ersten der Finnländer zu, dem er die Hand schüttelte.

„Du lebst, Bekka?“ fragte Bars.

„Ja, und Olla sei Dank, daß wir wieder für unser Va-terland sechten können.“

„Beg' Deine Waffen nieder, Bekka,“ sagte Bars, „jeder Kampf ist fruchtlos.“

„Zum Henker! Was sagst Du, Bars?“ rief Bekka aus.

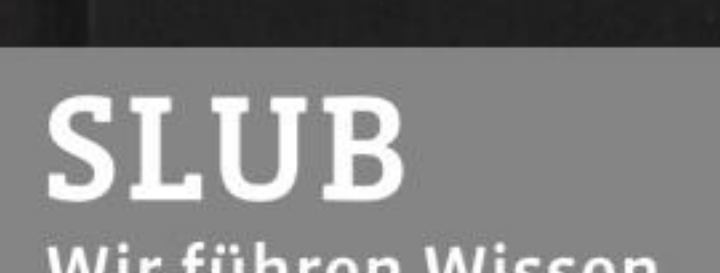
„Das Vaterland ist verkauft!“

„Wir werden es schon retten!“

„Nein, es ist verkauft! Jeder Streit ist umsonst. Liebes-sterben, als weiter sechten. Der Teufel hat Finnland in seinen Krallen. Sveaborg ist durch Verrat gefallen, und wir fallen durch den Verrat des Barons und eines unserer eigenen Leute. Ferkel hat uns verraten, und durch Hinterlist auf dem Hohenseeberg gelockt und den Russen herbeigeführt, daß er uns umzingeln und vernichten soll. Die meisten sind ge-fallen, die wenigen Ueberlebenden schmachten gefesselt im Keller der Hohenseeburg, und nur den paar Deuten, die Du vor Dir siehst, ist es geglückt, sich durchzuschlagen.“

„Entsetzlich,“ rief Bekka aus. „Doch, wo ist Aina?“

„Sie ist fort und verschwand mit Ferkel und seinem Schlingel von Neffen.“



aller Tüchtigkeit und Tapferkeit der mir anvertrauten Truppen genug kritische Stunden durchleben. Aber die Tage in Hohensalza waren doch die bedenklichsten, die der Weltkrieg mir bisher bereitet hat. Sie verbinden mich mit dem Orte, an dem ich sie durchlebte, wie mit der Stätte, an der ich meine Zuversicht immer wieder fand. Das deutsche Missionswerk wird nicht untergehen; es wird nach dem Kriege kräftiger aufblühen als zuvor. Ich bin voll Zuversicht für Deutschlands Zukunft. Der Sieg wird uns mit Gottes Hilfe bleiben. Aber daheim muß man durchhalten, bis wir gesiegt haben."

Vertliche und sächsische Nachrichten.

Weihnachtspaketverkehr. Die Reichspostverwaltung richtet auch in diesem Jahre an Jedermann das Ersuchen, mit den Weihnachtssendungen bald zu beinahe, damit die Paketmassen sich nicht in den letzten Tagen vor dem Feste zu sehr aufstapeln. Nachdem die Zahl der Eisenbahnzüge vermindert worden ist, ist es noch weniger als in früheren Jahren tunlich, bei dem außerordentlichen Anschwellen des Verkehrs die gewöhnlichen Beförderungsfristen einzuhalten und namentlich auf weite Entfernungen eine Gewähr für rechtzeitige Zustellung vor dem Weihnachtseste zu übernehmen, wenn die Pakete spät eingeleistet werden. Vielmehr erheischen die gegenwärtigen, durch den Krieg geschaffenen schwierigen Verkehrsverhältnisse dringend die besonders frühzeitige Auslieferung der Weihnachtssendungen, damit die pünktliche Ueberkunft der Pakete gesichert ist und Betriebsstörungen ferngehalten werden. Die Pakete sind dauerhaft zu verpacken. Etwaige auf dem Verpackungstoff vorhandene alte Aufschriften und Beschriftungen müssen beseitigt oder unkenntlich gemacht werden. Die Benutzung von dünnen Pappkisten, schwachen Schachteln, Zigarettensitzen usw. ist zu vermeiden. Die Aufschrift der Pakete muß deutlich, vollständig und haltbar hergestellt sein. Kann die Aufschrift nicht deutlich auf das Paket selbst gesetzt werden, so empfiehlt sich die Verwendung eines Blattes weißen Papiers, das der ganzen Fläche nach fest aufgeklebt werden muß. Am zweckmäßigsten sind gedruckte Aufschriften auf weißem Papier, dagegen sind Pakettarntendrucke ungeeignet für Aufschriften. Bei in Leinwand verpackten Sendungen mit Fleisch oder anderen Gegenständen, die Feuchtigkeit, Fett, Blut usw. abgeben, darf die Aufschrift nicht auf die Umhüllung geklebt werden. Der Name des Bestimmungsortes muß recht groß und kräftig gedruckt oder geschrieben sein. Die Paketaufschrift muß sämtliche Angaben der Pakettarte enthalten, also auch den Freivermerk, bei Paketen mit Postnachnahme den Betrag der Nachnahme sowie den Namen und die Wohnung des Abenders, bei Gilpaketen den Vermerk „durch Eilboten“ usw., damit bei einem Verluste der Pakettarte das Paket doch dem Empfänger in gewünschter Weise ausgehändigt werden kann. Auf Paketen nach großen Orten ist die Wohnung des Empfängers, auf Paketen nach Berlin auch der Postbezirk (C, W, SO usw.) anzugeben. Damit die Pakete den Empfängern auch dann möglichst schnell zugeführt werden können, wenn die Aufschrift abfallen oder unlesbar werden sollte, wird den Absendern dringend geraten, in das Paket selbst obenau einen Zettel mit dem Namen, dem Wohnort und der Wohnung des Paketeempfängers zu legen. Zur Beschleunigung des Betriebes trägt es wesentlich bei, wenn schon der Absender die erforderlichen Marken auf die Pakettarte klebt. Die Verwendung mehrerer Pakete mit einer Pakettarte ist für die Zeit vom 12. bis einschließlich 24. Dezember weder im inneren deutschen Verkehr noch im Verkehr mit dem Auslande gestattet. Gemeinschaftliche Einlieferungsbescheinigungen über mehrere gewöhnliche Pakete werden in der bezeichneten Zeit nicht ausgegeben.

Kamenz. Im Saale des Hotels Lehmann hielt gestern mittags 1 1/2 Uhr an der Bezirk Kamenz des R. S. Militärvereinsbundes eine außerordentliche Bezirksversammlung ab. Herr Bezirksvorsteher Leiblin eröffnete und leitete sie. Seine Begrüßungsworte an die zahlreich erschienenen Vereinsvertreter klangen aus in einem freudig widerhallenden dreifachen Hurra auf den Allerhöchsten Protektor der sächsischen Militärvereine, Se. Majestät den König. Nach Vortrag der Vertreterliste wurde in die Erledigung der Tagesordnung eingetreten. Dabei fanden drei Anträge des Bezirksvorstandes einstimmige Annahme, und zwar 1., eine vom Präsidium geforderte Aenderung der Vereinsstatuten gemeinschaftlich für den Bezirk durchzuführen; 2., in den Vereinen des Bezirks Feldzugsteilnehmern innerhalb eines Jahres, vom Tage der Entlassung ab gerechnet, eintrittsgeldfreie Aufnahme zu gewähren, und 3., bei Aufnahme neuer Mitglieder die bisher übliche Verpflichtung durch eine zeitgemäßere Form zu ersetzen. Hierauf schloß sich eine längere Aussprache über die Gewährung einer Unterstützung an das neu zu errichtende Soldatenheim in Königsbrück, von der infolge Mangels an Mitteln abgesehen werden mußte. Sodann erstattete der Herr Bezirksvorsteher noch eingehend Bericht über die am 9. Juli in Dresden stattgefundene Bundesversammlung, worauf er mit dem Wunsche, daß die nächste Bezirksversammlung im Zeichen des Friedens vor sich gehen möchte, die Tagung schloß.

Die Landesversammlung des Bundes der Landwirte. Im großen Saale des Ivolipalastes in Dresden fand am Freitag nachmittags die diesjährige Landesversammlung des Bundes der Landwirte unter überaus zahlreicher Teilnahme aus ganz Sachsen statt. Der Landesdelegierte Geh. Hofrat Dr. Braunsdorf begrüßte die zahlreiche Versammlung und hob hervor, daß nicht nur die deutsche, sondern auch die sächsische Landwirtschaft angesichts der ersten und schweren Zeit ihre Pflicht getan habe, so daß der Ruf Hindenburgs nicht umsonst erklingen sei. Mit Dank gedachte er auch der zahlreichen braven Landwirtschaftsfrauen, die an Stelle ihrer im Felde stehenden Söhne und Gatten schweren Kriegsdienst tun. Weiter gab er die nachstehende Erklärung bekannt: Die Delegiertenversammlung des Bundes der Landwirte für das Königreich Sachsen hat sich heute vormittags mit der Frage beschäftigt, inwiefern die Anregung unseres Hindenburg, an die Munitionsarbeiter seitens der landwirtschaftlichen Bevölkerung möglichst freiwillig Fett und Speck in größeren Mengen zur Verfügung zu stellen, in die Tat umgesetzt werden

sönnte. Man war der Ansicht, daß eine freiwillige Sammlung mit Hilfe der landwirtschaftlichen Interessengruppen, auch der des Bundes der Landwirte, unter Ausnützung der Zeitworte, wie sie der Brief des Feldmarschalls gegeben hat, zu den besten Ergebnissen führen würde. — An zweiter Stelle sprach Freiherr von Wangenheim-Kleinpiegel über die Landwirtschaft im Kriege. Er verwies zunächst auf die Kämpfe um den Kollaris und die Handelsverträge, die durchaus notwendig gewesen seien. Dies habe der gegenwärtige Krieg bewiesen. Weiter besprach er die Milch- und Butterknappheit und diejenige des Zuckers, des Meles und der Wolle. Die Landwirtschaft habe hierfür seinerzeit Vorschläge gemacht, die jedoch nicht allenthalben befolgt worden seien. Weiter wandte er sich gegen die vielfach so ungerechtfertigten Vorwürfe gegenüber der Landwirtschaft und schloß mit den Worten: Deutschland werde siegen und müsse siegen. Den dritten Vortrag hielt Reichstagsabgeordneter Dr. Wildgrube über Deutschlands Weltstellung in der Zukunft. Er verbreitete sich hauptsächlich über die militärischen und politischen Kriegsziele Deutschlands, an deren Erreichung auch die Landwirtschaft erfolgreich mitarbeiten müsse. Zunächst müsse die Lösung jedoch bleiben: Nieder mit England, gegen das alle unsere Waffen angewandt werden müßten. Beide Redner fanden lebhaften Beifall. Mit einem Schlussworte des Geh. Rates Andrá wurde die Versammlung dann geschlossen.

Der erste Kampf zwischen Franzosen und Griechen.

Der Berichterstatter der „Evening News“ meldet aus Athen: Am Donnerstag begannen französische Matrosen und griechische Truppen aufeinander zu schießen. Die „Daily News“ meldet: Die griechische Regierung hat um Mitternacht eine Bekanntmachung erlassen, in der sie die Bevölkerung ermahnt, ruhig zu bleiben. Eine halbe Stunde später hat eine Menge, worunter sich viele Leute in Uniform befanden, die Bureaus der venizelistischen Zeitung „Ethniki“ gestürmt. Es wurden 30 bis 40 Schüsse abgefeuert.

Die Athener Meldung, daß französische Matrosen und griechische Truppen aufeinander geschossen haben, wird in einem Telegramm der „Daily Mail“ und einer Reuters-Depesche aus Athen bestätigt. Der Kampf, der den ganzen Donnerstag nachmittag hindurch andauerte und Freitag von neuem einsetzte, scheint jetzt durch eine Art Waffenstillstand, wenigstens zeitweilig, beendet worden zu sein; auch ist von einem Kompromiß die Rede, das zwischen König Konstantin in der Frage der Auslieferung der griechischen Geschütze und der Entente zustande gekommen sei. Die völlig in den Händen des Bierverbandes liegende Berichterstatterung aus Griechenland läßt die Welt über die Athener Vorgänge abschließend im Unklaren. Nur soviel ist aus den bisher vorliegenden knappen (und wohl auch gefärbten) Meldungen ersichtlich, daß der französische Admiral bei dem Versuche, die Durchführung seiner Forderungen zu erzwingen, auf stärkeren Widerstand gestoßen ist, als er vermutet haben mochte, und daß er es rasam gefunden hat, die Dinge nicht auf die Spitze zu treiben.

Zu dem Aufstand in Athen sagt der „Vorwärts“: Die Entente hat in Griechenland va banque gespielt. Was in Athen gescheit und verdorben ist, wird vermutlich in Saloniki auszulöffeln sein.

Bern, 3. Dezember. „Corriere della Sera“ meldet aus Athen: Aus der Hauptstadt und Umgebung haben sich rund 6000 Reservisten freiwillig gestellt und sich den 5000 Mann der Athener Garnison angeschlossen. Der König ist gesehen worden, wie er in Generalsuniform auf dem Wege nach einer Kaserne war, um dort der Ankunft der Reservisten beizuwohnen. Gegen mittag entwickelte sich in der Nähe des königlichen Palastes ein starker Tumult. Die am Morgen erfolgten Zusammenstöße waren bis 10 Uhr immer heftiger geworden. Am Abend begaben sich der französische und der englische Gesandte zum König und bald darauf zum Kommandanten der Alliierten. Noch später fuhr sie nach dem Piräus, um mit Jounet sich zu beraten. Man glaubt, daß ein Waffenstillstand vereinbart worden sei und infolgedessen die Feindseligkeiten eingestellt werden.

Tagessgeschichte.

Deutsches Reich. Berlin, 3. Dezember. (Die Annahme des Hilfsdienstgesetzes.) (Amtlich.) Seine Majestät der Kaiser hat an den Reichskanzler das nachstehende Telegramm gerichtet: Ihre Meldung von der im Reichstoge erfolgten Annahme des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst erfüllt mich mit großer Freude und Befriedigung. Mein wärmster Dank gebührt der vom vaterländischen Geist getragenen gemeinsamen Arbeit der Reichsregierung und des Reichstages. Das deutsche Volk bezeugt damit von neuem, daß es fest entschlossen ist, für die heroische Verteidigung seines Landes und seiner Macht jedes Opfer an Gut und Blut und Arbeit darzubringen. Ein von solchem einheitlichen Willen befehltes Volk wird mit Gottes gnädigem Beistand seinen durch Intelligenz, Arbeitsamkeit und stittliche Kraft erungenen Platz unter den Kulturvölkern der Erde gegen jedermann behaupten und kann nicht besetzt werden. Gott lohne alle Opferbereitschaft und lasse das gerechte Werk gelingen. Wilhelm I. R. — Berlin, 3. Dezember. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt unter der Ueberschrift „Eine gewonnene Schlacht“ u. a.: „Das deutsche Volk weiß, daß, seit das deutsche Reich besteht, kein Gesetz von gewaltigerer Bedeutung erlassen worden ist. Die Bereitschaft, die das Gesetz geschaffen hat, ist mehr als eine gewonnene Schlacht. Sie ist der Sieg. In der Annahme des Gesetzes hat das deutsche Volk durch seine Vertreter wiederum bezeugt, und in heiligem Gelübnis kund getan, daß es auch die größten Opfer, die das Durchhalten und den Sieg verlangen, stolz und frei zu bringen, willens ist. Das deutsche Volk hat abermals durch die Größe seines Entschlusses der Größe der Zeit sich würdig erwiesen und damit Recht und Gerechtigkeit des Sieges von

neuem erworben.“ — Soweit die „Morgenblätter“ die Annahme des Gesetzes kommentieren, klingt aus allen Besprechungen das allgemeine Vertrauen heraus, daß man dem Leiter des Kriegsamtes, General Gröner entgegenbringt, unter dessen Leitung das Kriegsamte das neue Gesetz durchgeführt haben wird, und über einstimmend wird festgestellt, daß das angenommene Gesetz einen Ausdruck entschlossenen Siegeswillens und einen bedeutungsvollen Schritt zum Siege bildet. — Die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt: „So sehr wir Einzelheiten der Reichstagsbeschlüsse bebauern, so freudig begrüßen wir das Gesetz im ganzen, die Mobilmachung der inneren Front.“ — Im „Berliner Tageblatt“ äußert sich der Reichstagsabgeordnete Wolfgang Heine: „Es ist eine ungeheure Bekundung der Kraft und des Willens des deutschen Volkes, in diesem Kriege, den die Feinde zu einem Kampf um Sein oder Nichtsein des Reiches gemacht haben, seine Existenz zu wahren und jede Muskel und jedem Atemzug diesem Ziel dienlich zu machen. So mag das Ausland diese Tat aufpassen, so soll sie in unserem eigenen Bewußtsein leben.“ — Ein anderes Mitglied des Reichstages, Professor Dr. Doormann bemerkt in der „Vossischen Zeitung“: „Das Gesetz wird für immer bestehen bleiben, als eine der denkwürdigsten Dokumente einer schweren, die Zukunft Deutschlands entscheidenden Zeit. Daß es uns helfen wird, die Entscheidung zu beschleunigen, diese Ueberzeugung begibt die überwiegende Mehrheit des Reichstages, sie wird im ganzen Vaterlande Verständnis und Widerhall finden.“ — Der „Vorwärts“ begründet die Annahme des Gesetzes durch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion und schreibt: „Die sozialdemokratische Fraktion hat für das Gesetz gestimmt. Sie hat das in erster Linie deshalb getan, weil es sich um einen Akt der Solidarität mit unseren Feldgrauen, Volksgenossen handelte. — Mit der Ablehnung des Gesetzes durch die Fraktion wäre nicht der geringste Nutzen gestiftet, sondern nur dem allgemeinen Interesse des arbeitenden Volkes und den Interessen unzähliger Einzelner, die in den neuen Bestimmungen ihren Schutz finden werden, geschadet worden!“

(Die polnische Königsfrage geregelt.) Die „Köln. Ztg.“ meldet aus Wien: Nach Warschauer Nachrichten der Krakauer „Nowa Reforma“ soll die Frage der Einsetzung eines Regenten bald im Sinne der polnischen Wünsche geregelt werden. Als Regent sei ein Mitglied einer Dynastie in Aussicht genommen, die alte und herkömmliche Beziehungen zu Polen habe. Demnächst erfolge die Ernennung des polnischen Staatsrates, nachdem nunmehr die deutsch-österreichisch-ungarischen Verhandlungen im Sinne der Wünsche der polnischen Bevölkerung beendet sind.

(Freigabe von Kakao und Schokolade.) Die Kriegs-Kakao-Gesellschaft m. b. H., Münckebergstraße 31, gibt bekannt, daß von den beschlagnahmten Kakao- und Schokoladenbeständen 20 Prozent — von jeder Warengattung —, ihrer richtig angemeldeten Bestände, mindestens 10 Kilogramm von jeder Warengattung, freigegeben werden. Soweit die Eigentümer Fabrikanten der deutschen Kakao- und Schokoladen-Industrie oder Kleinhändler sind, dürfen sie diese 20 Prozent ohne weiteres abgeben. Diejenigen Eigentümer aber, die keiner der beiden vorgenannten Verkäufergruppen angehören, dürfen 20 Prozent ihrer Bestände nur dann abgeben, wenn sie dazu von der Kriegs-Kakao-Gesellschaft ermächtigt worden sind. Von den Verkäufern ist über alle Verkäufe nach Menge und Verkaufspreis genau Buch zu führen; die Unterlagen darüber sind der Kriegs-Kakao-Gesellschaft in Hamburg auf Verlangen vorzulegen.

Düsseldorf, 4. Dezember. (Der „Generalanzeiger“) meldet aus Lugano: Die griechische Regierung beschloß die Generalmobilmachung des griechischen Heeres.

Oesterreich-Ungarn. Wien, 3. Dezember. (W. T. Z.) Kaiser Carl übernimmt den Oberbefehl über die k. u. k. Armee.) Aus dem Kriegspressequartier. Seine K. K. Apostolische Majestät geruhen, nachstehenden Armees- und Flottenbefehl allergnädigst zu erlassen:

In Ausübung meiner Herrscherrechte übernehme ich das Armeekommando und hiermit den Oberbefehl über die gesamten Streitkräfte meiner Armee und meiner Flotte. Zu meinem Stellvertreter im Armeekommando bestimme ich den Feldmarschall Erzherzog Friedrich.

Wien, 2. Dezember 1916. Karl, m. p.

Vermischtes.

* (Glückliche Flucht aus russischer Gefangenschaft.) Der Musketier August Bachmann, Sohn eines Schlossers in der altmärkischen Kreisstadt Stendal, geriet vor 18 Monaten in den Kämpfen bei Warschau in russische Gefangenschaft und wurde in Gemeinschaft mit anderen Deutschen und Österreichern nach Sibirien geschickt. Nach 45tägiger Eisenbahnfahrt wurden die Leute ausgeladen und etwa 100 Kilometer von der chinesischen Grenze entfernt in zwei großen Kasernen untergebracht. Nach längerer Gefangenschaft kamen sie dann nach Irkansk am Westlichen Meer und von dort nach der Halbinsel Kola; zwischen 2 großen Seen wurde ein Lager errichtet, aus dem Bachmann mit noch zwei anderen Kameraden entwichen ist. Nach 25tägiger Dampferfahrt gelangten sie wieder in Deutschland an. Bachmann verlebte jetzt bei seinen Eltern einen vierwöchigen Urlaub.

Dreßler
Modewaren · Kleiderstoffe
Seide · Wäsche · Konfektion
Aussteuerartikel, Leinen- u.
Baumwollwaren, Gardinen
Herrenwäsche usw. Nur ganz
solide, preiswerte Waren.
Dresden
Prager Straße 12